Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 45 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid Dienstag, 23. Februar 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Die Sanierung deutscher Großbanken

Vor Vertretern der Presse berichtete Reichsfinanzminister Dietrich über die Bankensanierung. Dabei führte der Minister u. a. aus:

Der heutige Tag hat für die

Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Banksystems

eine besondere Bedeutung. Er zieht die Bilanz aus den Ereignissen, die sich seit 1½ Jahren vollzogen haben, insbesondere aus der

starken Rückziehung der kurzfristigen Kredite des Auslandes,

die zunächst im September 1930 einsetzte und nach einer Pause von etwa einem halben Jahr im Mai und den folgenden Monaten des Jahres 1931 noch über die Katastrophe hinaus angedauert hat.

Es ist und war von jeher ein anerkannter Grundsatz, daß einer plötzlichen Rückrufung von Kreditsummen großen Ausmaßes kein Bankunternehmen gewachsen sein kann. Besonders schwer mußte sich diese Rückwirkung in Deutschland auswirken. Wäre Deutschland eine ruhige, allmähliche Abwicklung seiner Kredite von vornherein ermöglicht worden, so wären der Bankenzusammenbruch im Juli und die in seinem Verfolg eingetretenen Kreditverkürzungen und Schrumpfungen der Wirtschaft gar nicht oder sicher nicht in diesem Umfange eingetreten. Dabei soll gar nicht beschönigt werden, daß auch hier Schuld und Schicksal zusammengewirkt haben.

Es ist gelungen, mit dem im Juli und August vorigen Jahres vorläufig rekonstruierten Bankwesen bis heute zu arbeiten, ohne daß sich erneut irgendwelche ernste Gefahren bemerkbar gemacht hätten. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung und Reichsbank seit jener Zeit der Wiedereröffnung der Banken das Problem, ihre endgültige Rekonstruktion, nicht aus dem Auge gelassen haben. Die Regierung hat endlich geglaubt, entscheidendes Gewicht darauf legen zu müssen, daß

alle vier Großbanken am selben Tage, nämlich an dem heutigen, mit einer offenen Darlegung über den Stand ihrer Verhältnisse herauskommen

und daß gleichzeitig nach erfolgter Vereinigung

die Neukonstruktionen

bekanntgegeben werden.

Der Dresdner Bank

deren Stammkapital bisher 100 Millionen RM. betrug, haben wir damals vom Reich in Form von Schatzanweisungen ein Vorzugsaktienkapital von 300 Millionen RM. gegeben, das in der Zwischenzeit zum kleineren Teil bar eingezahlt ist. An Reserven hatte die alte Bank 34 Millionen. Von den Stammaktien befinden sich 34 Millionen im Besitze der Bank. 66 Millionen Stammaktien sind noch im freien Verkehr bzw. in den Händen des Reiches. Um die Verluste der Bank abzudecken, wird zunächst der Reservefond mit 34 Millionen gestrichen. Durch Zusammenlegung von 66 Millionen Stammaktien im Verhältnis von 10:3 werden gewonnen rund 46 Millionen RM. Das genügt aber nicht, um die Verluste der Bank zu decken, vielmehr ist dazu notwendig, daß das Reich auch diese Vorzugsaktien, die künftig Stammaktien werden, zusammenlegt, wobei es einen Nennbetrag an Vorzugsaktien von 100 Millionen RM. einbüßt.

Nun hat sich die Reichsbank durch Vermittlung der Golddiskontbank bereit erklärt, zur Stärkung aller Großbanken beizutragen. Zu diesem Zweck und um die Dresdner Bank besonders reichlich mit liquiden Mitteln auszustatten, übernimmt die Golddiskontbank von den durch das Reich der Dresdner Bank zur Verfügung gestellten Aktien 48 Millionen RM. mit einem kleinen Agio. Diese Maßnahme bezweckt vor allem, der Dresdner Bank die Uebernahme der Danatbank zu erleichtern.

Die Reserven mit 30 Millionen und einer Ausgleichsreserve für alle Gefahrenfälle, die noch denkbar sind, hält das Reich der Bank zur Verfügung in Form von beleihbaren Papieren. Außerdem ist noch ein Kredit in erheblichem Ausmaße vorgesehen, und darüber hinaus eine bare Zahlung des Reiches für die Abfindung der Angestellten in Höhe von 20 Millionen RM.

Bei der Uebernahme und späteren Zusammenlegung der 37 Millionen Aktien, die im Portefeuille der Kommerzbank sich befinden, erleidet das Reich einen Verlust von rund 26 Millionen Reichsmark. Außerdem muß das Reich, wie dargelegt, 23½ Millionen RM. zur Reserve beisteuern und schließlich noch für alle Gefahrenfälle eine Ausgleichsreserve von 16¾ Millionen Reichsmark, ebenfalls in beleihbaren Papieren, hergeben. Nun ist hier sofort zu bemerken, daß diese Leistungen des Reiches nicht auf fond perdu erfolgen, sondern daß sie von der rekonstruierten Bank nach einem bestimmten Schema abgezahlt werden müssen.

Die Deutsche Bank

endlich, die bisher ein Kapital von 285 RM. hatte und über 160 Millionen RM. Reserven verfügte, wird ihre Reserven zum großen Teil zum Neuaufbau heranziehen und das Kapital, das noch im freien Verkehr ist und das 180 Millionen RM. ausmacht, 10:4 zusammenlegen. Sie wird nunmehr neue Aktien ausgeben, deren Unterbringung im wesentlichen gesichert ist. Das Reich braucht hier nicht zu intervenieren, es wird aber die Golddiskontbank aus Mitteln der Reichsbank den Hauptteil der neu emittierten Aktien zunächst übernehmen. Ihr Kapital wird in der Folge 144 Millionen RM. betragen, die Reserven, die zum Teil durch das Agio auf die neuen Aktien entstehen, werden 25,2 Millionen Reichsmark netto betragen.

Die Danatbank

wird mit der Dresdner Bank zusammengelegt werden. Zuvor aber wird die Danatbank bereinigt in folgender Weise:

Von ihrem Gesamtkapital von 60 Millionen RM. befinden sich 35 Millionen RM. im Besitze der Bank, die ursprünglich von der Industrie übernommen worden waren. Diese werden notfalls vom Reich übernommen und nach der Generalversammlung gestrichen. Die im freien Verkehr befindlichen verhältnismäßig geringen Beträge (etwa 25 Millionen RM.) von Danataktien werden in der Weise gegen Aktien der Dresdner Bank umgetauscht, bis auf je 10 000 RM. Danatbankaktien je 3000 RM. Dresdner Bankaktien entfallen. Hierzu sind 7,5 Millionen RM. zusammengelegte Aktien der Dresdner Bank erforderlich, die das Reich aus seinem Besitz zur Verfügung stellt.

Um die Verluste der Danatbank auszugleichen, gewährt das Reich hier eine Verlustreserve von 100 Millionen RM., die in die Kombination mit übergeht. Das Kapital der Dresdner Bank wird in der Folge 220 Millionen RM. Aktien umfassen, daneben wird eine offene Reserve von 30 Millionen RM. bestehen neben den stillen Reserven, auf die bereits hingewiesen worden ist.

Nunmehr gehen Aktiven und Passiven der Danat auf die Dresdner über, die nach den Maßnahmen der Reichsregierung in einer Weise ausgestattet ist, daß sie künftig als die mit dem größten Kapital ausgestattete Bank die neuen großen Aufgaben meistern kann. Für die Auslandsschulden der Danatbank, die von der Dresdner Bank übernommen werden, bleibt die Garantie des Reiches bestehen. Dagegen wird diese Garantie für die Inlandgläubiger zu dem Zeitpunkt, in dem die Firma ins Handelsregister eingetragen wird, Ende März oder Anfang April aufgehoben.

Die Kommerz- und Privatbank

die bisher ein Kapital von 75 Millionen RM. hatte, besitzt von diesem Kapital 37 Millionen RM. im eigenen Portefeuille. Die andere Hälfte ist im Umlauf. Es wird hier zusammengelegt im Verhältnis von 10:3, wobei das Reich die im Portefeuille der Bank befindlichen Aktien zunächst der Bank abkauft und sie dann mit den anderen gleichzeitig zusammenlegt. Nunmehr hat die Bank noch ein Kapital von 22,5 Millionen RM. Es wird auf 80 Millionen RM. erhöht. Die Golddiskontbank übernimmt 45 Millionen RM. neue Aktien, und zwar mit einem Agio von 15 Prozent, wodurch brutto eine Reserve von 6¾ Millionen RM. entsteht. Diese Reserve wird vom Reich auf 30 Millionen RM. erhöht, und zwar wiederum wie bei der Danatbank. Die noch fehlenden 12½ Millionen RM. Aktien werden geschaffen im Umtausch gegen Aktien des Barmer Bankvereins.

Diese Bank geht damit mit Aktiven und Passiven auf die Compribank über.

*

Schlußergebnis

Die Antragung der Verpflichtungen der Dresdner und der Kommerz- und Privatbank an das Reich erfolgt in der Weise, daß vom Reingewinn zunächst 15% an das Reich zu erstatten sind. Bei normalem Geschäft kann es sich hier um erhebliche Summen handeln. Dann dürfen die Banken bis zu 8% Dividende zahlen, und von dem, was drüber ist, erhält das Reich den Hauptanteil mit 60%, die Banken 40%. Alles, was endgültig verloren ist, ist effektiv abgeschrieben, und von dem, was gefährdet ist, sind entsprechende Rückstellungen gemacht. Wenn man alles überblickt, so findet man, daß bei aller Verschiedenheit der Rekonstruktionen der einzelnen Banken ihre innere Stärke gegeneinander so abgewogen ist, daß menschlichem Ermessen nach alle Gefahren behoben sind.

Die Meinung, daß die Aktionäre nur in dem Kreise der großen Leute zu suchen wären, ist irrig. Eine Unmenge Aktien befindet sich in den Händen mittlerer und kleinerer Existenzen. Der Verlust, den die Aktionäre der Großbanken erleiden, ist schwer. Wenn das Reich auch bei der Dresdner und Danatbank sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß den Aktionären ein bescheidener Teil ihres Vermögens belassen werden muß, so deswegen, weil sie an dem Verhängnis nicht schuldig sind und weil die Krise der Großbanken nicht auf ihre falsche Führung, sondern auf die Nervosität des Auslandes, teilweise auch des Inlandes, zurückzuführen ist, die einen Sturm entfesselte, dem keine Bank der Welt gewachsen gewesen wäre.

Abschließend kann man sagen: Die deutsche Wirtschaft hat im vorigen Sommer einen Sturm erlebt, in Verfolg dessen ihr zwischen vier und fünf Milliarden RM. bare Mittel, und zwar in der Hauptsache über die Großbanken, entzogen worden sind. Sie hat sich in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, die ohne Beispiel ist, und hat den Sturm überwunden. Das letztere ist am deutlichsten daraus zu erkennen, daß bei der Akzept- und Garantiebank, die wir bei der Eröffnung der Banken im vorigen Sommer geschaffen hatten, und die nicht nur von Großbanken, sondern noch in stärkerem Maße von den Sparkassen beansprucht wurde, heute schon ein großer Teil der Kredite — es handelt sich um Hunderte von Millionen — zurückgezahlt ist.

Die Banken sind nunmehr gründlich von ihren Schäden bereinigt. Was verloren ist, ist abgeschrieben, für das, was noch gefährdet ist, sind Reserven und Sicherheiten geschaffen. Die Liquidität ist sichergestellt dadurch, daß das Reich, die Reichsbank und die Akzept- und Garantiebank teils direkt geholfen haben, teils, soweit dies noch erforderlich werden sollte, zur Mithilfe bereit sind. Das Stillhalteabkommen endlich beseitigte die Gefahren von dem Auslande. Das verantwortliche Kapital, das heißt das Aktienkapital und die Reserven, welche den Einlegern der Banken haften, sind wiederhergestellt. Danach sind alle Vorkehrungen getroffen, den Banken neues Leben zu schaffen und sie als Instrument der deutschen Wirtschaft, welche ohne Bankwesen überhaupt nicht bestehen kann, zu erhalten. Die Regierung appelliert an alle beteiligten Kreise des Volkes, nunmehr durch Ruhe und Besonnenheit, und vor allem durch normale Führung ihrer Geld- und Kreditgeschäfte mitzuhelfen, daß das große

Vor der großen Aussprache

Der Aeltestenrat des Reichstages bestimmte am Montag die Arbeiten für die am Dienstag beginnende Reichstagstagung. An der Sitzung nahmen die Vertreter aller Fraktionen, also auch der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, teil. Im Aeltestenrat wurde Uebereinstimmung darüber erzielt, daß

mit der Beratung des Termins der Reichspräsidentenwahl eine allgemeine politische Aussprache

verbunden wird. Für diese Aussprache werden

jeder Fraktion drei Stunden Redezeit

zugebilligt. Am Schluß der Aussprache, voraussichtlich am Freitagabend, finden die Abstimmungen über den Termin der Reichspräsidentenwahl, über die Mißtrauensanträge, über die Anträge über Reichstagsauflösung und über die von den Parteien als dringlich bezeichneten Anträge statt, die gleichfalls mit der Aussprache verbunden werden sollen. Hierzu gehören vor allem auch die Anträge auf Aufhebung oder Aenderung von Notverordnungen. Mit Ausnahme der Dienstagssitzung, die um 15 Uhr beginnt, sollen die Reichstagssitzungen pünktlich um 12 Uhr beginnen. Die Dienstagssitzung wird, wie das VdZ.-Büro weiter hört, durch eine

kurze formelle Rede des Reichsinnenministers Groener

eingeleitet werden, in der er lediglich den Termin für die Reichspräsidentenwahl begründen wird. Daran schließt sich sofort die politische Aussprache. Wer sie eröffnet und welche Redner von den Parteien vorgeschickt werden, steht noch nicht fest. Die Nationalsozialisten haben als ersten Redner den Abgeordneten Dr. Göbbels bestimmt. Nach Erledigung der politischen Aussprache wird sich der Reichstag

am Freitag bis nach der Reichspräsidentenwahl vertagen.

Ein Termin für die Wiedereinberufung des Reichstages ist noch nicht vereinbart.

Ueber die Sitzung des Aeltestenrates erfahren wir noch, daß von der Bayer. Vp. beantragt war, vom Aeltestenrat aus die Anregung an die Reichsregierung zu richten, auch

über die Osterzeit einen Burgfrieden

eintreten zu lassen. Abg. Dr. Oberfohren (dn.) machte darauf aufmerksam, daß schon aus formellen Gründen es unmöglich sei, den Aeltestenrat mit derartigen Angelegenheiten zu befassen. Außerdem sei es durchaus möglich, daß dieser Burgfriede in die Agitationszeit für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl fallen würde.

In einer anderen Meldung aus Berlin heißt es: Wegen ihrer Seltenheit ist eine Reichstagstagung heute zu einem

Ereignis von ganz besonderer Bedeutung

geworden. Das Interesse, mit dem die Oeffentlichkeit heute die Reichstagssitzungen verfolgt, kommt in der starken Nachfrage nach Tribünenkarten und in dem

Andrang des Publikums zum Reichstagsgebäude

zum Ausdruck. Auch diesmal rechnet man wieder mit großen Ansammlungen in der Umgebung des Reichstagsgebäudes. Die Polizei hat deshalb

umfangreiche Vorkehrungen

getroffen, um das Reichstagsgebäude in einem bestimmten Umkreis abzusperren und Ruhestörungen zu verhindern.

Der Reichswehrerlaß wird geändert?

Zu der am Dienstag beginnenden Reichstagstagung, in der das Parlament auch über die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett und gegen einzelne Minister zu entscheiden haben wird, schreibt die Montagspost: Man rechnet bestimmt mit einer wenn auch nicht großen Mehrheit für die Regierung. Der Versuch, durch ein Mißtrauensvotum gegen Groener einen Keil in die Front zu treiben, die der Regierung zur Verfügung steht, gilt schon heute als mißlungen. Auch die Sozialdemokratie wird nicht gegen Groener stimmen. Mißhelligkeiten, die durch den letzten Reichswehrerlaß entstanden sind, der auch im bürgerlichen Lager schärfste Kritik gefunden hat, werden durch eine Interpretation durch den Reichswehrminister, die in Vorbereitung ist, bereinigt werden. Hier steht ein Briefwechsel bevor.

Werk der Wiederherstellung des deutschen Bankwesens einen Grundpfeiler der Genesung aus der schweren Krise abgeben kann.

Verordnung des Reichspräsidenten über Sanierung von Bankunternehmungen vom 20. Februar 1932

Auf Grund des Art. 48, Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1 Die Reichsregierung ist im Hinblick auf die Wirtschaftskrise ermächtigt, zum Zwecke der Sanierung von Bankunternehmen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Sie kann für solche Zwecke insbesondere

a) das Reich an Bankunternehmen beteiligen und die erforderlichen Einlagen leisten, sowie erworbene Beteiligungen veräußern,
b) Abweichung von den Vorschriften des Handelsrechtes für einzelne Fälle oder Fälle bestimmter Art zulassen,
c) Sicherheiten zu Lasten des Reiches übernehmen,
d) zu Lasten des Reiches vor Inkrafttreten dieser Verordnung übernommene Sicherheiten ablösen oder Ausschlußfristen für das Erlöschen solcher Sicherheiten setzen,
e) Beträge bis zu insgesamt 250 Millionen RM. verausgaben,
f) bis zu 400 Millionen RM. im Wege des Kredites beschaffen.

§ 2 Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt, in dem die Verordnung außer Kraft tritt.

Dr. Luther über die Rolle der Reichsbank

Im Anschluß an die Mitteilungen des Reichsfinanzministers sprach Reichsbankpräsident Dr. Luther über die Rolle der Reichsbank bei der Großbankenorganisation und wies auf die Ungewöhnlichkeit hin, daß die Reichsbank Geldmittel zur Rekonstruktion der Banken zur Verfügung stelle. Die Reichsbank habe aber, führte er weiter aus.

im letzten Jahre einen nicht unerheblichen Gewinn erzielt, dem allerdings eine Verschlechterung ihres Portefeuilles gegenüberstehe.

Es sei selbstverständlich, daß die Reichsbankverwaltung diesen Gewinn als Reserve für die minder guten Teile ihres Portefeuilles vorsah. Dabei habe man beschlossen, die

Reservestellung bei den hauptsächlichsten Kunden der Reichsbank

vorzunehmen. Es liege nicht im Interesse der Reichsbank, von sich aus Aktionär bei den verschiedenen Banken zu werden.

Die Verwaltung der Bankaktien

solle deshalb von einer Stelle übernommen werden, die möglichst

weit von der Reichsbank selbst distanziert

sei und lediglich eine Hilfskonstruktion darstelle, die bei Wiederingangkommen der privaten Kapitalbildung überflüssig werde. Die Form dieser Verwaltungsstelle für die Aktien sei noch nicht undgültig festgelegt. Man beabsichtige, die Verwaltung einer Treuhandstelle zu übertragen, die von der Golddiskontbank geschaffen werden soll.

Die Zwischenschaltung der Golddiskontbank

empfahl sich deshalb, weil die Transaktion dann ohne Aenderung des Reichsbankgesetzes vorgenommen werden könnte. Technisch werde die Transaktion so durchgeführt, daß die Golddiskontbank eine entsprechende Kapitalerhöhung vornimmt, wozu es nur der Zustimmung der Regierung bedürfe. Die neu zu schaffenden Aktien Lit. C. bildeten innerhalb des Gesamtkapitals der Golddiskontbank eine besondere Kategorie und nehmen an der Gewinnausschüttung nicht teil; sie seien an ihre Zweckbestimmung völlig gebunden.

Dr. Luther unterstrich schließlich noch die Erklärung des Reichsfinanzministers, daß weder das Reich noch die Reichsbank die Fusion der Commerzbank mit dem Barmer Bankverein betrieben oder gewünscht hätte; vielmehr seien

die Fusionsbestrebungen von den beteiligten Kreisen selbst ausgegangen.

Der Bierstreik in Berlin und Hamburg

Aus Berlin, 22. Februar, wird gemeldet: Der Verband nationaler Gastwirte hielt heute nachmittag eine Versammlung ab, in der einstimmig eine Entschließung angenommen wurde, daß der Verband sich mit dem bereits im Bierstreik befindlichen Hamburger Gastwirten solidarisch erklärt und seinerseits den Bierstreik für morgen früh proklamiert. Die Dauer des Streiks soll davon abhängig gemacht werden, ob den Forderungen des Gastwirtsgewerbes Rechnung getragen wird. Der Entschließung war eine lebhafte Aussprache vorangegangen, in der u. a. auch Vertreter der Hamburger Streikleitung und der Hamburger Gastwirteorganisationen zu Worte gekommen waren. Die Hamburger hatten dabei besonders betont, daß der Bierstreik in Hamburg von der Entscheidung der Berliner abhängig sei, und daß, wenn die Berliner Gastwirte für den Boykott entschlössen, mit Sicherheit der Ausschluß anderer deutscher Städte zu erwarten sei. Vertreter der Kommunisten und der Nationalsozialisten hatten in der Versammlung die stärkste Unterstützung durch ihre Anhänger zugesagt. Doch hatte der Vorsitzende des Verbandes, Auer, ausdrücklich zum Schluß betont, daß eine Einmischung irgend einer politischen Partei zurückgewiesen werden müsse, da der Kampf ausschließlich auf wirtschaftlicher Grundlage durchgeführt werden solle. Zum Schluß der Versammlung wurde noch bekannt gegeben, daß der Verband Schritte eingeleitet habe mit dem Ziel, daß der Bierstreik für ganz Deutschland erklärt werde.

Beginn des Bierboykotts in Berlin

In verschiedenen Stadtteilen Berlins setzte, so berichtet das Contibüro, Montag mittag der vom Kampfausschuß der Gastwirte Groß-Berlins beschlossene Bierboykott ein. In einem Restaurant am Alexanderplatz hat die Streikleitung ihr Büro. Motorradstreifen versorgen die streikenden Gastwirte mit Plakaten und Flugblättern. Für Dienstag wird eine Radfahrstaffel geschaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Wagen der Brauereien zu beobachten und dafür zu sorgen, daß die dem Kampfausschuß angeschlossenen Gastwirte kein Bier mehr abnehmen. Der Boykott wird vorläufig erst von den kleinen Gastwirten durchgeführt.

Auch Sachsen» Wirte drohen mit Einstellung des Biersausschanks

Wie der Sächsische Gastwirteverband mitteilt, erhebt der Verband, dem über 8000 Mitglieder in Sachsen mit 150 Vereinen angeschlossen sind, schärfsten Protest gegen das Preissenkungsdiktat des Reichskommissars für Preisüberwachung. Weiter heißt es in der Mitteilung, daß bis zum 1. April 1932 eine Senkung der Reichsbiersteuer und der Gemeindebiersteuer in Aussicht genommen sei, befriedige das sächsische Gastwirtsgewerbe in keiner Weise, weil es der Ueberzeugung sei, daß bis zum genannten Zeitpunkt alle Betriebe ihre Existenz verloren haben würden. Das Gewerbe fordere eine sofortige Senkung der Reichsbier- und Gemeindebiersteuer sowie Abbau der Getränkesteuer. Werde die Forderung nicht sofort erfüllt, so werde der Ausschank von Bier im ganzen Freistaat Sachsen eingestellt.

Der Memel-Streit

Diplomatische Schritte bei den Signataren des Memelstatuts

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die deutsche Regierung ihre bei den Signatarstaaten des Memelstatuts akkreditierten diplomatischen Vertreter beauftragt, Schritte zu unternehmen, um mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß entsprechend den am Samstag gefaßten Beschlüssen des Völkerbundsrates der Haager Gerichtshof angerufen werden soll, um die Frage der Rechtmäßigkeit der Abberufung des Landesdirektors Böttcher von der Memelregierung zu prüfen.

Angesichts der Entscheidung des Völkerbundsrates im Memelkonflikt, die trotz der formalen Vorbehalte des litauischen Außenministers Zaunius die Lage im Memelgebiet als anormal präzisiert und die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verhinderung einer Verschlimmerung der Lage ausgesprochen hat, muß Deutschland entschieden darauf bestehen, daß wieder gesetzmäßige Zustände im Memelland herbeigeführt werden und die Signatarstaaten des Memelstatuts ihrer Pflicht entsprechen.

Die Aufnahme der Völkerbundsentscheidung in Litauen

Aus Kowno wird berichtet: Der Beschluß des Völkerbundes in der Memelangelegenheit wurde Samstag amtlich hier erst in den späten Abendstunden bekannt. Sonntag gab die Presse Extrablätter über den Verlauf der Genfer Verhandlungen vom Samstag und über den Beschluß des Völkerbundsrates in der Fassung der Litauischen Telegraphenagentur heraus. In litauischen politischen Kreisen behauptet man, mit dem Beschluß des Völkerbundsrates zufrieden zu sein.

Man hält hier nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß Litauen im Falle Böttcher nach dem Memelstatut vorgegangen wäre. Es werde nun auch weiter danach handeln. Da die Fraktionen der Mehrheitsparteien es abgelehnt hätten, ein Direktorium aus ihrer Mitte zu bilden, würde der Gouverneur nunmehr die nächststarke Fraktion, d. h. die National-Litauische Fraktion beauftragen, einen Kandidaten zu benennen. Zweifellos würde der Gouverneur diesen Kandidaten ernennen, und dieser würde aus litauischen Kreisen sich seine beiden Landesdirektoren nehmen. Nach Bildung dieses Direktoriums durch den Gouverneur müßte dann der memelländische Landtag zusammentreten. Es wird hier allerdinas bezweifelt, daß der jetzige Landtag diesem Direktorium sein Vertrauen aussprechen würde. Die Folge wäre dann die Auflösung des Landtages und das Ausschreiben von Neuwahlen, die nach Artikel 12 des Memelstatuts sechs Wochen nach der Auflösung stattzufinden hätten. Für diesen Fall rechnet man in litauischen Kreisen mit einem starken Mandatszuwachs. Die Ernennung des neuen Direktoriums dürfte bereits in den nächsten Tagen erfolgen.

Fraktionssitzung des Volksdienstes

In der Fraktionsgemeinschaft des Christlichen Volksdienstes und der Volkskonservativen wurde insbesondere die Frage besprochen, wie der innerpolitische Systemwechsel, der durch die Tätigkeit des Kabinetts Brüning, namentlich durch die Anwendung des Art. 48 der Verfassung eingeleitet sei, verfassungsrechtlich verankert werden könnte. Darüber hinaus beschäftigte man sich auch mit den Auswirkungen dieser Probleme auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In Ausschüssen der Partei und in der Aussprache mit den Mitgliedern soll insbesondere die schwierige Frage weiter geklärt werden, auf welchem Wege die erstrebten Verfassungsreformen durchgeführt werden können. Man ist sich darüber klar, daß auf parlamentarischem Wege, z. B. die verfassungsmäßige Festlegung einer qualifizierten Mehrheit für die Annahme eines Mißtrauensvotums kaum möglich sein wird. Für die unmittelbar bevorstehende Reichstagstagung werden diese Dinge zwar noch nicht in Erscheinung treten, sie werden aber in dem Wahlkampf und namentlich bei den späteren Arbeiten des Parlaments eine Rolle spielen. Wie das VDZ. Büro hört, bereitet die Fraktionsgemeinschaft entsprechende Anträge vor.

Die Fraktionssitzung wird fortgesetzt.

Aus Doorn

Der Petit Parisien brachte am Samstag eine Meldung, wonach der ehemalige deutsche Kaiser an einer Kehlkopfentzündung leide, weshalb ihm der Arzt geraten hätte, Holland zu verlassen und ein milderes Klima aufzusuchen. Aus diesem Grunde habe sich der ehemalige Kaiser an die niederländische Regierung gewandt, um ihre Zustimmung dafür zu erbitten, daß er sich ins Ausland begeben könne.

Diese Meldung des Pariser Blattes wird nach einer Contimeldung aus Doorn aus der Umgebung des ehemaligen deutschen Kaisers dementiert, wobei erklärt wird, daß zwar der Hausarzt des ehemaligen Kaisers diesem den Vorschlag gemacht habe, sich zum Kuraufenthalt in ein anderes Land zu begeben. Dieser Vorschlag sei jedoch bereits vor mehreren Wochen anläßlich der damaligen Erkrankung des ehemaligen Kaisers gemacht und von ihm sofort abgelehnt worden, so daß eine Fühlungnahme mit der niederländischen Regierung hierüber schon aus diesem Grunde gar nicht stattzufinden brauchte und auch nicht erfolgt sei. Im übrigen sei der Gesundheitszustand des ehemaligen Kaisers zurzeit zufriedenstellend. Dies gehe wohl zur Genüge daraus hervor, daß er in den letzten Tagen in der gewohnten Weise Autoausflüge in die Umgebung von Haus Doorn unternommen habe.

Preissenkung für Schokoladenfabrikate

Nach Verhandlungen mit Vertretern der Schokoladenindustrie, des Großhandels und des Einzelhandels hat der Reichskommissar für Preisüberwachung für gepackte Kakaopulver und gepackte Tafelschokolade folgendes angeordnet:

Die Spanne des Kleinhandels, Großhandels und der Einkaufsgenossenschaften ist gegenüber dem 30. 6. 1931 um mindestens 10 Prozent zu senken. Als Spanne ist der Unterschied zwischen dem tatsächlichen Einstandspreis und dem Verkaufspreis zu betrachten. Soweit neue Vertragsbeziehungen gegenüber dem Stichtage vom 30. 6. 1931 angeknüpft wurden und künftig angeknüpft werden, dürfen keine höheren Rabattsätze gewährt und keine höheren Handelsaufschläge genommen werden, als für alte Vertragsbeziehungen bei gleichen Umsätzen und in gleichgelagerten Fällen bestehen. Die Vorteile aus der veränderten Handelsspanne und die Ersparnisse, in deren Genuß die Industrie auf Grund der 4. Notverordnung gekommen ist, sind in vollem Umfange in den Verbraucherpreisen zum Ausdruck zu bringen. Die Regelung tritt am 1. März 1932 in Kraft.

Zuckerimportmonopol in Schweden

Aus Stockholm wird berichtet: Die beiden Kammern des Reichstages haben in den gestrigen späten Abendstunden die Regierungsvorlage über Einführung eines Zuckerimportmonopols für die Zuckergesellschaften angenommen.

Der Präsidenten-Wahlkampf

Hindenburg - Hitler - Düsterberg - Thälmann

Die Verhandlungen der Führer der in der Harzburger Front zusammengeschlossenen Organisationen über die Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl haben zu dem Ergebnis geführt, daß von der Aufstellung eines Einheitskandidaten abgesehen worden ist.

Wie das Contibüro erfährt, werden die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm im ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl den zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant Düsterberg, aufstellen. Dieser Entschluß geht auf die Nachrichten zurück, wonach die NSDAP. die Kandidatur Hitlers herausbringen werde. In Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms wird betont, daß man auch weiter an dem Gedanken der Harzburger Front festhalte, und hofft, im zweiten Wahlgang zu einer Einheitskandidatur zu gelangen. Die Aufstellung der Kandidatur Düsterbergs hat den Zweck, neben der Kandidatur Hitlers alle Stimmen zu erfassen, die auf der äußersten Rechten aufzubringen sind.

Ueber die Behauptung, daß die Nationalsozialisten Hitler aufstellen werden, war von nationalsozialistischer Seite noch keine Bestätigung zu erlangen.

Hitler Kandidat für die Reichspräsidentenwahl

In einer Generalmitgliederversammlung des Gaues Berlin der NSDAP., die am Montag stattfand, teilte der Berliner Gauleiter, Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels, unter minutenlangen stürmischen Heil-Rufen den Anwesenden mit, daß Adolf Hitler als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt werden wird.

Hitler gegen Eiserne Front

Adolf Hitler hat -- wie die Montagspost berichtet — gegen die Leitung der Eisernen Front den Erlaß einer einstweiligen Verfügung erwirkt, durch die verboten werden soll, daß sein Name weiter mit einer auf Plakaten der Eisernen Front angeführten Totenliste in Verbindung gebracht wird. Die Totenliste führte die Ueberschrift: „Zwei Jahre Nazi-Morde" und brachte dazu eine Aussprache Hitlers, nach dem in seiner Bewegung nichts geschehe, was er nicht wisse und billige

Führer der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung beim Reichspräsidenten

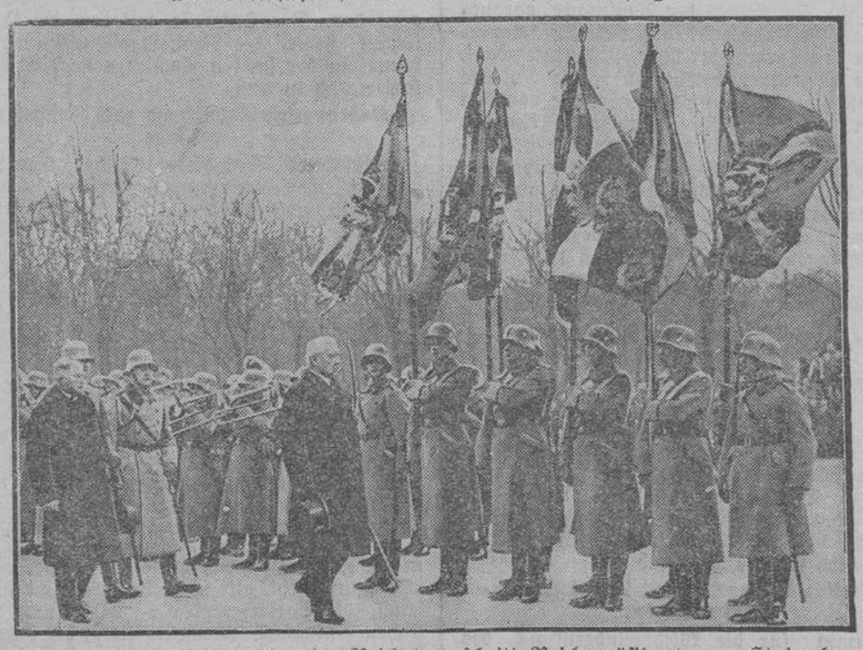
Der Reichspräsident empfing Montag vormittag einige Führer der christlichnationalen Gewerkschaftsbewegung, nämlich Behrens (Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer), Bechly (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) Baltrusch (Christliche Gewerkschaften), Rümmele (Gesamtverband der Verkehrs- und Staatsbediensteten) und Lüttringhaus, sowie Katharina Müller (Verband weiblicher Handels- und Büroangestellten), Margarethe Wolff (Gewerkverein der Heimarbeiterinnen) und Klara Meinet (Deutscher Gewerkschaftsbund). Sie versicherten den Reichspräsidenten der unbedingten Treue aller in dieser Bewegung zusammengeschlossenen alten Wähler von 1925. Das deutsche Volk sehe in Hindenburg trotz aller politischer Quertreibereien gegen ihn und die Reichsregierung den Vater des Vaterlandes.

Der Reichspräsident antwortete, er habe die Kandidatur übernommen nicht aus den Händen einer Partei, oder einer Parteiengruppe, sondern unter Wahrung seiner vollen Ueberparteilichkeit und in dem Willen, mit seiner letzten Kraft dem Vaterland und dem deutschen Volke zu dienen.

Loebe für Hindenburg

Auf einer von den Organisationen der Eisernen Front in Altona veranstalteten Massenkundgebung sagte Reichstagspräsident Loebe zur Frage der Reichspräsidentenwahl, daß Zwang und Erkenntnis der Sachlage die SPD. bewogen hätten, von einer eigenen Kandidatur abzusehen. Es gelte für Hindenburg einzutreten, auch wenn jeder wisse, daß Hindenburg nicht der Kandidat der Sozialisten sei. Hindenburg sei kein Pazifist, sondern General, aber Hindenburg habe seinen der Verfassung von Weimar und der Republik geleisteten Eid treu gehalten und werde ihn weiter halten. Das bestimme die SPD., für Hindenburg in die März-Entscheidung zu ziehen.

Der Reichspräsident vor der Ehrenkompagnie



Nach der offiziellen Trauerfeier im Reichstag schritt Reichspräsident von Hindenburg die vor dem Reichstag aufgestellte Front der Ehrenkompagnie ab. Neben ihm Reichswehr- und Innenminister Groener und der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord

Das Kabinett Tardieu



Das neue französische Kabinett stellt sich vor

Überraschend schnell hat der bisherige Kriegsminister Tardieu die neue französische Regierung gebildet. In der vorderen Reihe (von links) Finanzminister Flandin — Justizminister und Stellvertretender Ministerpräsident Paul Raynaud — Ministerpräsident und Außenminister Tardieu — Laval, der jetzt das Arbeitsministerium übernommen hat

Die Aufnahme des Kabinetts Tardieu in Paris

Zur Bildung des neuen Kabinetts Tardieu schreibt **Temps**, man werde zugeben, daß der parlamentarische Zwischenfall, das heißt der Sturz des Kabinetts Laval, keine anderen Folgen haben könnte als die Bildung eines Kabinetts Tardieu. Das Ministerium Tardieu werde wahrscheinlich bei denen keine Gnade finden, die hartnäckig gegen das Kabinett Laval gestimmt haben. Aber man könne nichtsdestoweniger voraussehen, daß es der Opposition an ausreichenden Vorwänden fehlen werde, um das Kabinett Tardieu wirksam zu bekämpfen. Wenn man in der Oeffentlichkeit der Loyalität der Initiative Tardieus auch nicht Anerkennung zollen werde, so werde man doch insgeheim Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das Volk, das dieses Ministerium erwartet habe, werde es nur nach seinen Werken beurteilen und die Stunde des Urteils sei nahe. — **Journal des debats** schreibt, nach dem Versuch Painleves sei es offenkundig gewesen, daß dem gestürzten nur ein Ministerium Tardieu folgen könne. Tardieu habe dieses Kabinett in wenigen Stunden gebildet. Die Lehre dieser Krise sei klar. Der Senat habe, als er das Kabinett Laval stürzte, eine absurde Initiative ergriffen. Er habe dafür gesorgt, daß Frankreich ohne irgendwelchen Grund acht Tage verloren hat. Der Senat habe keines der gewünschten Ergebnisse erreicht. Die parlamentarische Geschichte kenne wenige Beispiele einer so wenig überlegten und zwecklosen Aktion. Werde Frankreich, so schließt das Blatt, in Zukunft von einer internationalistischen Partei beherrscht werden, die zugunsten Deutschlands die Liquidierung des Krieges beende, oder werde Frankreich eine nationale Politik haben, die im Rahmen des Möglichen die Fehler der Vergangenheit wieder gutmache? Das sei viel wichtiger als die Zugeständnisse, die Laval etwa im Senat bei der Bildung eines Kabinetts zu machen gezwungen worden sei. Tardieu hat jetzt eine große Aufgabe übernommen, nämlich Frankreich vor den Wahlen aufzuklären. Der linksstehende **Soir** schreibt, Tardieu habe ein Ministerium gebildet, das noch weiter rechts stehe als das voraufgegangene. Er habe seinen Traum verwirklicht dadurch, daß er Briand seinen Platz am Quai d'Orsay nahm. Laval habe diesen Platz nicht lange inne gehabt. Das Ministerium sei ein Tardieu-Ministerium von Kopf bis Fuß, fraglich sei nur, was der Senat dazu sagen werde. Der Mißerfolg Painleves, der kein linksstehendes Kampfkabinett bilden wollte, habe infolge der Stellung des Präsidenten Doumer unter dem Zeichen Tardieu zu einem rechtsstehenden Kampfkabinett führen können. **Intransigeant** schreibt, die logische Lösung habe obgesiegt. Tardieu habe die ihm gebotene Gelegenheit benutzt, um einige Reformen von größtem Interesse durchzuführen. Man müsse bedauern, daß diese Reformen auf die letzten zwei Monate einer Legislaturperiode beschränkt seien. Durch Zusammenlegung des Kriegs-, des Marine- und des Luftfahrtministeriums verwirkliche Tardieu eine seit dem Kriege häufig verfolgte Idee. Wenn Pietri genügend Zeit haben werde, diese Zentralisierung, die der Landesverteidigung zugute komme, auch den französischen Finanzen zugute kommen zu lassen, werde man eine bis drei Milliarden Ersparnisse bei den bisher verdreifachten Unkosten für die nationale Verteidigung buchen können. — Das City-Blatt **Ami du Peuple** schreibt in seiner Abendausgabe, die Krise sei vorbei. Die französische Delegation werde nunmehr wieder nach Genf zur Abrüstungskonferenz abreisen. Tardieu besitze aufs neue die Akten über die französische Sicherheit, die ihm durch eine Verschwörung des Senats entrissen worden waren. Die wahre Regierungserklärung und der Wert der neuen Regierung werde in der Energie zu erkennen sein, mit der der Ministerpräsident sich der Abrüstung Frankreichs widersetzen werde.

Frankreich erwartet eine stürmische Kammersitzung

Ministerpräsident Tardieu

hat am Sonntag bereits die Regierungserklärung aufgesetzt. Nach Havas wird diese Erklärung sehr kurz gehalten sein und sich in der Hauptsache mit der auswärtigen Politik beschäftigen, deren Kontinuität namentlich, was die Abrüstung und das Reparationsproblem anlangt, unterstrichen werden soll.

Der Kammersitzung am Dienstag, in der die Regierung sich vorstellt, dürfte recht stürmisch verlaufen.

Von der Opposition wird bereits angekündigt, daß sie dem Kabinett einen erbitterten Kampf liefern will.

Zu diesem Zweck wird eine Reihe von Interpellationen eingebracht werden. Als erster hat der rechtssozialistische Abgeordnete Chabrun eine Interpellation über die Zusammensetzung der Regierung angekündigt. Von sozialistischer und radikaler Seite werden ähnlich lautende Interpellationen erwartet. Edouard Herriot hat sich bereits in die Rednerliste eintragen lassen.

Kleine politische Nachrichten

Mac Donald nach London zurückgekehrt

Mac Donald traf in London ein, wo er bis Mittwoch zur Erledigung dringender Amtsgeschäfte bleiben wird. Die Aerzte verbieten ihm jedoch den Besuch des Unterhauses.

70 Verletzte bei Zusammenstößen in Bombay

„Daily Mail" berichtet aus Bombay: Bei Kundgebungen von Anhängern des indischen Nationalkongresses unternahm die Polizei wiederholte Angriffe mit Bambusstäben. Ungefähr 70 Personen wurden verletzt. Elf Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Manifestanten hatten Straßenbahnwagen angehalten und mit Steinen beworfen und Ballen britischen Tuches verbannt.

Des Königs letzte Fahrt

Die Ueberführung der Leiche des sächsischen Königs

Ganz Dresden stand am Montag unter dem Zeichen der Ueberführung der Leiche des vormaligen Königs Friedrich August. Um den Bahnhof hatte sich eine ungeheuere Menschenmenge angesammelt. Um 9¼ Uhr marschierte die militärische Trauerparade mit der Fahnenkompagnie, einem gemischten Bataillon Infanterie, einer Batterie Artillerie und einer Schwadron Kavallerie unter Führung des Generalmajors Beck auf. Vor dem Königspavillon hatte sich die Generalität der alten sächsischen Armee und das gesamte dienstfreie Reichswehroffizierkorps von Dresden versammelt. Kurz vor 10 Uhr erschienen die Mitglieder des ehemaligen königlichen Hauses, sowie die katholische Geistlichkeit.

Um 10,10 Uhr traf der Sonderzug mit der Leiche des Königs auf dem Hauptbahnhof ein, während die Reichswehr unter präsentiertem Gewehr stand. Der mit der Königsstandarte bedeckte Sarg wurde von acht Reichswehrunteroffizieren aus dem Bahnhof herausgetragen und auf eine Lafette gestellt. Unter den feierlichen Klängen von Chorälen und Trauermärschen bewegte sich der Zug durch die Straßen der Stadt, wo zahlreiche Flaggen auf halbmast wehten. Von den Kirchen ertönte Trauergeläut. Die Leiche des Königs wurde in der katholischen Hofkirche öffentlich aufgebahrt.

Vor dem Gotteshause hatte die Traditionskompagnie des Leibgrenadierregiments Aufstellung genommen. In der Kirche bildeten Fähnriche der Infanterieschule Dresden ein Ehrenspalier. Offiziere der alten Armee halten die Ehrenwache.



Die Aufbahrung König Friedrich Augusts III. von Sachsen in der Dresdener Schloßkirche

Die Schlacht um Schanghai

Tokio rechnet mit langer Dauer der militärischen Operationen

Von amtlicher Seite in Tokio wird dem Reuterbüro erklärt, daß die Operationen bei Schanghai, durch die die 19. chinesische Armee 20 Kilometer zurückgedrängt werden soll, eine Woche bis zehn Tage beanspruchen werden. Dann sollen die japanischen Truppen sich längs der besetzten Linie in der Verteidigung halten, bis die Verhältnisse eine Zurückziehung der Truppen rechtfertigen lassen oder bis eine Vereinbarung über eine neutrale Zone abgeschlossen ist.

Es wird verzweifelt gekämpft

Aus Schanghai, 22. Februar, meldet Reuter: Die japanische Offensive geht stetig vorwärts. Im rechten Kampfabschnitt nördlich des Dorfes Kiangwan rückt die japanische Infanterie mit Hilfe von künstlichen Rauchschleiern und unterstützt durch Bombenflugzeuge und Artilleriefeuer vor, um von Norden her auf Tatschang einzuschwenken. Um den Besitz des Dorfes Kiangwan, wo chinesische Maschinengewehrnester in Häusern liegen, wird noch verzweifelt gekämpft. Bei Wusung herrscht im wesentlichen Ruhe, ebenso bei Tschapei. Es wird aber erwartet, daß die Japaner heute nachmittag an der Tschapei-Front einen großen Angriff unternehmen werden.

Eine spätere Drahtung lautet: Man glaubt, daß Kiangwan bald von den Japanern genommen werden wird. Sie sind zu Beginn des Nachmittags durch eine Bresche in den chinesischen Maschinengewehrstellungen in das Dorf eingedrungen.

Japans Antwort an die Ratsmächte

In der Antwort an die Ratsmächte wird Japan u. a. fragen, warum die Ratsmächte ihren Appell nur an Japan gerichtet hätten. Die Chinesen führten zwar friedliche Worte im Munde, begingen aber Taten, die die Rechte und Interessen Japans verletzten und nicht geduldet werden könnten. In seiner Antwort bestreitet Japan ferner, daß Artikel 10 auf die Entsendung japanischer Truppen in die Mandschurei und nach Schanghai angewendet werden könne und hebt hervor, daß der Antikriegspakt nicht einen Teil des Völkerbundspaktes bilde.

Neuer Protest der Mächte bei General Tsaitingkai

Einer in Washington veröffentlichten Meldung zufolge haben die Militärattachees der Mächte bei General Tsaitingkai erneut Protest erhoben und die Einstellung des chinesischen Feuers in Richtung auf die internationale Niederlassung gefordert.

Der Amerikanische Rundfunk im Dienste der Chinahilfsaktion

Aus Washington wird gemeldet: Für die notleidenden Chinesen, besonders für die in den durch die vorjährigen Ueberschwemmungen verwüsteten Gebieten lebenden, wurde in ganz Amerika eine große Hilfsaktion organisiert und durch ein Rundfunkprogramm eingeleitet, das von den beiden großen sonst konkurrierenden Funkgesellschaften von der Ost- bis zur Westküste der Vereinigten Staaten verbreitet wurde. Die Sensation des Tages war, daß Frau Lindbergh, die sonst nie öffentlich hervortritt, aus diesem Anlaß ihre erste Rundfunkrede hielt, und die Not der Chinesen schilderte, wie sie sie im vergangenen Jahre auf dem Ostasienflug mit ihrem Gatten selbst beobachtet hatte. Andere Redner wiesen auf die inzwischen erheblich gesteigerte Notlage infolge „des von Japan gegen unschuldige Männer, Frauen und Kinder geführten Krieges" hin.

Die Forderung nach wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen „Japans Militarismus und Imperialismus" wird in Zeitungen und Funkvorträgen immer häufiger erhoben. Die amerikanische Regierung berät über die von Japan in den letzten Tagen am Yangtse und in der Mandschurei geschaffene Lage mit den Vertretern der Militär- und Finanzbehörden in der Hoffnung, einen Weg zu finden, der nunmehr die drohende Gefahr einer in die Länge gezogenen japanischen Aktion gegen die chinesische Regierung verhindert.

Die Chinesen rechnen mit längerer Kriegsdauer

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß sich die chinesische Nationalregierung auf eine mindestens einjährige Kriegsdauer vorbereitet. Sie kauft Munition und Flugzeuge für große Summen auf.

Amerikanische Truppen in Schanghai beschossen

Reuter meldet aus Schanghai, 22. Febr.: Eine Abteilung des 31. amerikanischen Infanterieregiments wurde heute nachmittag, als sie an der Grenze der internationalen Niederlassung bei Tschapei Posten bezogen hatte, von den Chinesen unter Feuer genommen, erlitt jedoch keine Verluste. Das chinesische Hauptquartier erwiderte auf die Beschwerde, die amerikanischen Truppen seien wegen ihrer blauen Uniform mit japanischen Marinesoldaten verwechselt worden.

Schwere Kämpfe — Große Verluste

Nach dreitägigen schweren Kämpfen ist die japanische Offensive überall zum Stehen gekommen. Der rechte japanische Flügel befindet sich in vorgeschobener Stellung bei Kiangwan, das die Chinesen hartnäckig halten. An der Front bei Tschapei haben die Chinesen die Offensive ergriffen und versuchen, die japanischen Linien zu durchbrechen, doch scheitert ihr Vorgehen an den dicken Sandsackwällen und Stacheldrahtverhauen der Japaner.

Die Kämpfe waren sehr verlustreich auf beiden Seiten, sogar die Japaner geben 300 Tote und Verwundete zu, doch meint man, daß sie noch größere Verluste erlitten haben. Die Chinesen sollen 500 Tote und 1500 Verwundete verloren haben. Die Verluste der Zivilbevölkerung sind wahrscheinlich höher.

Chinesischer Erfolg

Gegen Ende des Montagnachmittags war es offenbar, daß die Japaner auf allen Fronten nicht mehr vorwärts kommen. Beim Bahnhof Tschapei verzeichnen die Chinesen einen leichten Fortschritt. Ihre Granaten haben im Laufe des Nachmittags hinter den japanischen Stellungen bedeutenden Schaden verursacht. Die Japaner beschießen heftig die chinesischen Stellungen, jedoch ohne große Wirkung. Japanische Verstärkungen sind unterwegs nach Schanghai.

Im Verlaufe eines Luftkampfes über Sutschau ist ein chinesisches Flugzeug durch feindliches Feuer abgeschossen worden. Um 2.30 Uhr nachmittags MEZ. setzte eine schwere Beschießung des japanischen Hauptquartiers in Hongkau sowie des japanischen Konsulats ein.

Die Abrüstungsvorschläge Japans

Die japanische Delegation hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz eine in neun Punkte gegliederte Zusammenstellung ihrer Abrüstungsvorschläge zugehen lassen, die zum Teil in allgemeiner Form bereits in der Rede des japanischen Delegationsführers angekündigt worden sind. Japan erkennt den

Konventionsentwurf als Diskussionsgrundlage

an, macht aber schon jetzt gewisse

Vorbehalte

geltend, die seinen besonderen Interessen und offenbar auch den Wünschen zahlreicher anderer Delegationen entsprechen:

Es verlangt besondere Vorkehrungen für den Fall, daß einer der Signatarstaaten der künftigen Abrüstungskonvention seine Verpflichtungen nicht einhält, eine Forderung, die sich offenkundig auf Rußland und China bezieht. Es verlangt ferner im Rahmen der Rüstungsbeschränkung eine Möglichkeit zur „Korrektur offenbarer Rüstungsmängel", womit auf die noch verhältnis-

mäßig geringe Entwicklung der japanischen Luftfahrt angespielt wird.

Neben den zum Gemeingut der Konferenz gewordenen verschiedenen Vorschlägen zur Humanisierung des Krieges schlägt die japanische Delegation, ohne Zahlen zu nennen, eine Herabsetzung der Tonnage und der Bestückung der Linienschiffe vor. Wie verlautet, ist an einen Schiffsraum von 25 000 Tonnen und ein Kaliber von 14 Zoll gedacht. Japan befürwortet die Einschränkung der nach den bestehenden Abkommen zulässigen Tonnage für Flugzeugträger und erklärt sich sogar mit deren völliger Abschaffung einverstanden, falls auch das Verbot der Ausrüstung von Kriegsschiffen mit Startvorrichtungen durchgeführt wird. Daneben, aber nicht als Bedingung für die Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe, regt Japan Beschränkungen für die Bewaffnung von Handelsschiffen und ihre Ausstattung mit Katapultvorrichtungen an. Bemerkenswert ist, daß diese Vorschläge weder von den Landrüstungen sprechen, noch die Unterseebootwaffe erwähnen, auf deren Beibehaltung Japan auch auf den früheren Flottenkonferenzen großen Wert gelegt hat.

Ausschreitungen

Ungenügender Polizeischutz in der Eifel

Die Nationalsozialisten hatten in Andernach ihre Anhänger zu einer am Sonntag geplanten Kundgebung eingeladen, die jedoch vorzeitig ihr Ende fand. Auswärtige Kommunisten umzingelten das Lokal und gingen dann zu einem Angriff über. Fensterscheiben wurden zertrümmert und von den Schußwaffen eifrig Gebrauch gemacht. Inzwischen waren SA-Mannschaften herangezogen worden, so daß der Angriff abgewehrt werden konnte. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Wie so oft, zeigte sich auch hier wieder, daß die Polizei in den kleineren und mittleren Städten der Eifel zur Abwehr von Ausschreitungen vielfach zahlenmäßig zu schwach ist. Die Stadt Andernach z. B. verfügt kaum über die Hälfte der entsprechend seiner Einwohnerzahl notwendigen 12 Polizeibeamten.

Ein Todesopfer der Hamburger Unruhen vom 14. Februar

Polizeiwachtmeister Klüwer, der am Abend des 14. Februar bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizeibeamten in Hamburg schwer verletzt worden war, ist seinen Wunden erlegen.

Mit Dienstentlassung bestraft

Der Große Disziplinarsenat am Kammergericht hat in nichtöffentlicher Sitzung den Polizeimedizinalrat Dr. Hans Lindow vom Polizeipräsidium in Recklinghausen mit Dienstentlassung bestraft. Der Disziplinarhof hat das Dienstvergehen darin erblickt, daß der Polizeimedizinalrat seine Patienten vernachlässigt und daß er außerhalb des Dienstes schwere Taktfehler begangen hat. — Diese Verhandlung ist eine der letzten vor dem Disziplinarhof gegen Polizeibeamte, die nicht öffentlich stattgefunden hat. Vom 1. April werden diese Disziplinarverhandlungen gegen Polizeioffiziere und Polizeibeamte öffentlich verhandelt werden.

6 127 000 Arbeitslose

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 15. Februar 6 127 000. Das bedeutet eine Zunahme seit dem 1. Febr. um 85 000.

In unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß sich die Arbeitslosenkurve ihrem winterlichen Hochpunkt nähert, der voraussichtlich Ende Februar erreicht sein wird.

Schwere Verbrechen

Aushebung einer Geldfälscherwerkstatt in Naumburg

Aus Halle wird gemeldet: Die hiesige Kriminalpolizei hatte am Freitag in Weimar einen 29jährigen Kaufmann festgenommen, der in Halle als Verbreiter von falschen Zehnmarkscheinen beobachtet worden war. Jetzt wurde in Naumburg die Fälscherwerkstatt ausgehoben und der Fälscher, ein 29jähriger Buchdrucker, verhaftet. Der Fälscher gab zu, in den letzten Tagen bereits eine Anzahl falscher Zehnmarkscheine in verschiedenen Städten Mitteldeutschlands abgesetzt zu haben.

Neue Brandstiftung bei den Ramie-Werken in Emmendingen

Aus Emmendingen wird berichtet: Die Ramie-Werke, die erst am 8. Januar durch Brandstiftung für mehrere hunderttausend Mark Schaden erlitten, wurden in der Nacht zum Sonntag von einem neuen, ebenfalls durch Brandstiftung verursachten Feuer heimgesucht. Der Schaden beträgt diesesmal ebenfalls über 100 000 Mark.

Raubüberfall in einer Kopenhagener Leihanstalt. Zwei Kölner verhaftet

Aus Kopenhagen kommt die Meldung: Am Samstagabend drangen drei junge Männer in die Filiale der städtischen Leihanstalt im Stadtteil Sundby ein, bedrohten den dort allein anwesenden Geschäftsführer mit Revolvern, banden ihn an einen Stuhl und raubten 460 Kronen. Die Räuber entkamen, obwohl es dem Geschäftsführer gelang, sich sofort nach ihrem Verschwinden zu befreien und ihnen auf die Straße nachzulaufen. Am Sonntag wurden die Burschen jedoch in einem Restaurant der Innenstadt erkannt und verhaftet. Es handelt sich um einen Südjüten namens Peter Wendel und zwei Deutsche namens Johann Heinrich Jensen und Friedrich Wilhelm Jantzen, beide aus Köln. Sie legten ein umfassendes Geständnis ab. Der größte Teil des gestohlenen Geldes war noch in ihrem Besitz. Die Revolver wollen sie bei einem Einbruch gestohlen haben, jedoch behaupten sie, daß keiner der drei Revolver geladen war, als sie in die Filiale des Leihamtes drangen. Die beiden Deutschen haben sich seit einiger Zeit hier im Lande aufgehalten, um Arbeit zu suchen. Keiner der Verhafteten ist vorbestraft.

Eine Rede Hoovers zu Ehren Washingtons

In einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des amerikanischen Kongresses hielt Präsident Hoover eine längere Festansprache anläßlich des 200. Geburtstages Washingtons und betonte, daß Washingtons Hoffnungen in Erfüllung gegangen seien. Amerika könne heute als großes und mächtiges Land seines Begründers dankbar gedenken, ja Amerika sei jetzt sicherer, beständiger, mächtiger und in übertragenem Sinne größer als je zuvor. Hoover beschränkte sich in seiner Rede auf allgemein gehaltene Feststellungen dieser Art und vermied es, mit Rücksicht auf die heikle innen- und die außenpolitische Lage eine der vielen Tagesfragen zu berühren

Viehmärkte vom 22. Februar 1932

	Köln	Düsseldorf	Essen	Dortmund	Elberfeld	Barmen	Aachen	Kassel
Auftrieb								
Großvieh	1327		565	708	693	71	—	189
Ochsen	312	38	53	36	144	2	16	15
Bullen	199	102	162	96	87	32	5	40
Kühe	668	206	241	533	339	6	83	56
Färsen	90	73	83	32	51	27	28	78
Fresser	28	8	26	11	72	4		—
Kälber	1400	816	637	644	514	7		236
Schafe	85		37	19	3	2	—	
Schweine	4901	2780	2810	2727	2958	686	861	443
Ziegen	—	—	—	2	—		—	
Preise								
Ochsen								
voll fl., ausgem. 1. j.	31—34	34—37	33—35	—	35—37	—	—	29—31
2. ältere	27—30	—	—	—	—	—	—	—
sonst. vollfl. 1. jüng.	28—39	30—33	30—32	30—32	30—34	—	32—35	27—28
2. ältere	22—26	—	26—29	—	—	—	28—31	27—28
fleischige	—	26—29	—	26—29	—	—	—	—
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Bullen								
jüngere vollfleisch.	26—29	28—31	29—30	30—32	30—32	29—31	—	32
sonstige vollfleisch.	22—25	24—27	25—28	26—29	25—29	24—27	—	26—28
fleischige	—	20—23	20—24	22—25	—	—	25—26	22—25
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Kühe								
jüngere vollfleisch.	27—30	28—30	28—30	28—30	30—32	—	28—30	27—29
sonst. vollfleischige	22—26	24—27	25—27	24—27	25—29	—	25—27	23—26
fleischige	18—20	20—23	21—24	20—23	18—24	—	20—24	20—22
gering genährte	—	15—19	15—20	16—19	—	—	—	12—18
Färsen								
vollfleisch. ausgem	30—33	32—35	32—34	32—34	33—35	30—34	—	34
vollfleischige	25—29	27—31	29—31	29—31	25—31	26—29	24—28	27—31
fleischige	—	22—26	26—27	26—28	—	—	20—23	23—26
Fresser								
mäß. gen. Jungv.	20—27	—	19—23	—	20—24	—	—	—
Kälber								
Doppellender	42—60	58—66	—	—	—	—	—	—
best. Mast- u. Saugk.	38—42	38—45	40—44	40—43	40—44	—	—	33—35
mittlere M.- u. S.	32—37	30—37	32—38	33—38	35—39	—	—	29—32
geringe	25—30	20—29	20—30	25—32	25—34	—	—	24—28
Schafe								
Mastl. u. j. Masth.								
1. Weidemast	—	—	33—36	—	—	—	—	—
2. Stallmast	—	—	—	—	—	—	—	—
m. Mastl., ä. Masth.			—					
u. out gen. Schafe	—	—	—	—	—	—	—	—
fleischiges Schafv.	28—32	—	—	—	—	—	—	—
Saugl ämmer	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweine								
a) ü. 300 fd. L.-G	43—47	—	—	—	42—45	44—46	—	—
b) 240—300 Pfd.	43—47	43—47	43—46	43—45	42—45	44—46	—	40—43
c) 200—240 Pfd.	42—47	43—47	43—46	42—45	42—45	44—46	48—49	38—42
d) 160—200 Pfd.	40—45	42—46	40—43	41—43	40—41	40—44	46—49	32—40
e) 120—160 Pfd.	35—42	40—44	37—40	37—41	37—39	38—40	44—45	32—40
f) unter 120 Pfd.	—	—	—	—	—	—	—	—
Sauen	35—40	34—37	32—40	34—41	30—36	—	—	35—42

Geschäftsgang:

Köln. Großvieh: Beste Tiere auch noch höher bezahlt; sehr ruhig; alte, schwere Ochsen schwer verkäuflich. Kälber und Schafe: Ruhig. Schweine: Anfangs ziemlich belebt; später abflauend.

Essen. Großvieh Schwach. Kälber, Schafe und Schweine: Ruhig.

Düsseldorf. Großvieh: Langsam. Kälber: Schlecht. Schweine: Langsam.

Dortmund. Großvieh, Kälber und Schafe: Schlecht; geräumt. Schweine: Schleppend; geräumt.

Elberfeld. In allen Gattungen: Sehr langsam; der Markt wird voraussichtlich geräumt.

Barmen. Großvieh: Schlecht; Ueberstand. Schweine: Schlecht; Ueberstand.

Aachen. Großvieh: Langsam; geräumt. Schweine: Langsam; geräumt.

Kassel. In allen Gattungen: Mittelmäßig; später abflauend.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. — Als Unterschied zwischen Stallpreis und Marktpreis sind angemessen bei Rindern 20 Prozent, bei Kälbern und Schafen 18 Prozent, bei Schweinen 16 Prozent. — Bei Schweinen L.-G. = Lebendgewicht.

Verordnung
über den Handel mit Papiertapeten vom 1. Februar 1932.

Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 747) wird hiermit das Folgende verordnet:

§ 1.

Im Handel mit Papiertapeten wird der höchstzulässige Bruttohandelsaufschlag auf die Fabriklistenpreise wie folgt festgesetzt:

bei einem Partieeinkaufspreis je Rolle				Aufschlag
bis 0,15 RM				40 v. H.
von 0,16 „	bis 0,17	RM		55 v. H.
„ 0,18 „	„ 0,19	„		60 v. H.
„ 0,20 „	„ 0,23	„		75 v. H.
„ 0,24 „	„ 0,26	„		85 v. H.
bei einem Partieeinkaufspreis je Rolle				**Aufschlag**
von 0,27 RM	bis 0,28	RM		100 v. H.
„ 0,29 „	„ 0,30	„		110 v. H.
„ 0,31 „	„ 0,39	„		115 v. H.
„ 0,40 „	„ 0,50	„		130 v. H.
über 0,50 „				150 v. H.

Der Aufschlag kann auf volle Reichspfennige aufgerundet werden.

§ 2.

Der Tapetenhändler hat die jeweils in seinem Geschäfte geltenden Verbraucherpreise dadurch ersichtlich zu machen, daß er in alle von ihm herausgegebenen Musterbücher entweder Preislisten einklebt oder die einzelnen Blätter mit Verbraucherpreisen auszeichnet.

§ 3.

Ein Verkauf darf nur auf der Grundlage der nach § 2 festgelegten **Bruttoverkaufspreise** erfolgen; eine Belieferung zu Nettopreisen ist unstatthaft.

Nur bei geschlossenen Bestellungen von mindestens 300 Rollen, die ausschließlich für Lagerhaltung beim Wiederverkauf bestimmt sind, sowie bei Nachbestellungen auf diese Partien können Engros-Nettopreise eingeräumt werden.

§ 4.

Rabatte auf die nach § 2 festgelegten Preise dürfen vom Tapetenhändler an Verbraucher nicht gewährt werden.

Ausnahmen gelten nur für Lieferungen an Behörden und im Bautengeschäft. In diesen Fällen ist ein Rabatt auf die Verbraucherpreise bis zu 20 v. H. zulässig.

§ 5.

An Personen, die ohne im Hauptberuf den Handel mit Tapeten zu betreiben, bei dem Absatz von Tapeten an den Verbraucher mitwirken, dürfen folgende Rabattsätze auf die Verbraucherpreise gewährt werden:

20 v. H. an Personen, die die Lieferung von Papiertapeten nach Musterkarten übernehmen (sogenanntes Agentengeschäft),

10 v. H. an Personen, die in anderer Weise beim Absatz mitwirken (Makler).

§ 6.

Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bestraft.

In gleicher Weise wird derjenige bestraft, der sich einen höheren Rabatt, als diese Verordnung zuläßt, oder einen Rabatt in Fällen, in denen eine Rabattgewährung überhaupt nicht gestattet ist, gewähren läßt.

Sondervergütungen in irgendeiner Form sind als Rabatte anzusehen. Als Sondervergütung gilt nicht der branchenübliche Nachlaß bei Barzahlung.

§ 7.

Diese Verordnung tritt am 10. Februar 1932 in Kraft, sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1932, außer Kraft.

Berlin, den 1. Februar 1932.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung
gez.: Dr. Goerdeler.

Verordnung Nr. 11. Veröffentlicht:

Opladen, den 10. Februar 1932.

Der Landrat. I. V.: Stapmanns.

Land-Haus

in Burscheid (Neubau), Geilenbach, von 10 Räumen, ganz oder geteilt, zu

vermieten

Monatlich 135.— RM.

Friedrich Cleff, Düsseldorf, Adersstraße 4, Telefon 13861.

Eine wenig gebrauchte

Küchenanrichte, 1 Tisch 2 Stühle, 1 Kinderwagen u. 1 Mandoline

billig abzugeben. Näheres in der Geschäftsstelle dsr. Zeitung.

Halbtags-Mädchen

per sofort gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Postkarten in jeder Ausführung liefert schnell und billig die Buchdruckerei dieser Zeitung

Gewinnauszug
5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

12. Ziehungstag — 22. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 300000 M. 71275
8 Gewinne zu 10000 M. 25504 117997 229020 370761
2 Gewinne zu 5000 M. 243434
22 Gewinne zu 3000 M. 24502 32759 35258 58599 148127 157115 183567 252771 258872 353776 389737
52 Gewinne zu 2000 M. 9027 11909 12811 54740 65887 105438 117585 120553 121939 133502 149705 152173 184228 200294 211451 217022 233912 322950 334067 334079 352125 357114 368559 374564 394706 399539
118 Gewinne zu 1000 M. 463 5192 10489 34177 54635 57089 65268 67353 76605 84796 86689 95309 101905 109543 115901 116713 118454 138846 148605 150140 152968 160539 174107 178388 179628 202053 212587 224490 232097 247694 249442 249508 253236 253831 271823 276048 279455 281546 281951 284473 295298 299857 305429 326549 326908 327255 340360 345070 345239 345363 346847 351251 351588 351747 353354 354243 365519 372942 374429
176 Gewinne zu 500 M. 14519 19968 34092 34915 35982 36994 40647 55876 56965 63329 63442 69024 69868 70048 73824 76241 81506 83406 85222 87517 92212 99299 99960 109077 113744 116017 116793 126286 126793 126994 130077 134306 145164 145531 151112 151716 161206 170192 171559 172258 176037 182696 185917 186093 201263 203931 212561 236290 239129 241779 259349 262364 262582 265215 268837 277598 283132 284619 289390 289976 291309 299030 300167 310327 310400 314913 325763 329157 334431 334467 351273 351314 351949 353299 356806 357039 358596 367744 369543 374094 381458 381732 386639 388029 388352 389757 393687 398013

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

10 Gewinne zu 10000 M. 61424 203879 229177 254975 334599
10 Gewinne zu 5000 M. 50719 57718 89390 165525 320918
24 Gewinne zu 3000 M. 87213 105506 127270 198280 201370 236130 239170 247740 305269 352296 369241 398978
52 Gewinne zu 2000 M. 3632 15044 22260 30524 33015 54838 59282 101235 104760 108158 125827 125946 131391 137851 208694 219638 224907 250031 253978 257092 263427 302747 315541 330505 341296 375008
98 Gewinne zu 1000 M. 10018 31631 45440 47976 63339 64751 67283 73131 74014 90981 93785 101681 114162 125630 136470 144358 149095 153561 156013 159897 166852 170587 187943 203263 227078 228116 237135 239410 247679 248259 253445 272972 276710 278668 279121 288591 296682 303323 306700 317269 319445 360885 362408 373074 377283 378210 380650 383574 389209
122 Gewinne zu 500 M. 1677 9805 11566 12786 19887 23006 27011 29785 30293 33945 37097 69262 69338 70421 86452 89792 100141 105657 116746 121073 134430 140728 173936 188274 210157 212484 215312 225260 226807 231041 231171 256089 261991 262737 274029 277224 277313 286049 286528 293030 293487 297389 298313 312728 312777 319586 323876 325912 335586 336788 351151 353410 362776 363559 368513 368641 374444 381802 384221 388812 396342

In Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 200000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 8 zu je 50000, 16 zu je 25000, 102 zu je 10000, 278 zu je 5000, 568 zu je 3000, 1714 zu je 2000, 3468 zu je 1000, 5634 zu je 500, 19874 zu je 400 Mark.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 45 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Dienstag, den 23. Februar 1932

Aus der Heimat

Autokontrolle

Bei der gestern Morgen von 8—10 Uhr vorgenommenen Autokontrolle passierten 44 Fahrzeuge die bekannte Kontrollstelle in Kaltenherberg. 30 Fahrzeuge wurden kontrolliert, von denen keins zu Beanstandungen Anlaß gab.

Ein fetter Diebstahl

Bei einem Einwohner in Hahnscheiderhof wurde in der Frühe des heutigen Morgens ein schwerer Einbruch verübt. Die Diebe erbeuteten die Koteletts von sechs frisch geschlachteten Schweinen, 1 Schulter, 1 Schinken, 10 Pfd. Rippen, 50—60 Pfd. Kleinfleisch und 120 Pfd. Schmalz. Die Beute muß sehr wahrscheinlich mit einem Wagen fortgeschafft worden sein.

Die Untersuchung der Schulneulinge

durch den Kreiskommunalarzt findet für die Knaben und Mädchen der evangelischen Schule zu Burscheid am morgigen Mittwoch, den 24. Februar, statt und zwar um 9 Uhr für die Knaben und um 10,15 Uhr für die Mädchen.

Die Schulneulinge der übrigen hiesigen Schulen werden an drei Tagen im ersten Drittel des März untersucht. Die Daten werden wir schon frühzeitig bekanntgeben.

Theaterabend in Groß-Oesinghausen

Der Groß-Oesinghausener Turnerbund veranstaltet am kommenden Sonntag, den 28. Februar, im Jungmann'schen Saale einen großen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt das dreiaktige Schauspiel „Des Schmugglers Edelstein".

Siehe auch die diesbezügliche Anzeige am kommenden Wochenende.

Theaterabend in Blecher

In der Jahres-Generalversammlung der Schützengesellschaft Blecher 1924 wurde beschlossen, die zur Tagesordnung stehenden Feste zu vertagen und sie von Fall zu Fall in der vorhergehenden Versammlung zur Abstimmung zu bringen. In Augenschein wurde ein Theaterabend genommen. Die Vorarbeiten sind so weit gelangt, daß es dem Verein möglich ist, diesen nun am kommenden Sonntag, den 28. Februar, veranstalten zu können. Zur Aufführung gelangt als erstes ein Drama in vier Akten unter dem Titel „Kerker und Freiheit". Ein tiefergreifendes Bühnenwerk, das von Erfolg gekrönt, auch hier zu den besten Hoffnungen des Gelingens Anlaß gibt, da die Rollen gut besetzt sind. Als zweites wird ein Lustspiel die Bretter passieren, eine Herren-Burleske „Haut den Lukas". Jede Rolle eine Knalltype für sich. Zu viel zu verraten ist nicht angebracht, jedoch die Lachmuskeln können Proben ihrer Ausdauer ablegen. Auch in diesem Stück hat man die Besetzung gut gewählt und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Möge dem Verein, der sich immer wieder bemüht, seinen Freunden und Gönnern etwas zu bieten, ein volles Haus beschieden sein, in der Form, daß sich Arbeit und Mühe lohnen. Der Eintrittspreis ist auf 60 Pfg. gestellt, somit jedem die Möglichkeit des Besuches gegeben.

Näheres im Anzeigenteil in einer der nächsten Ausgaben.

7. Westdeutsche Gastwirtsmesse Köln 1932

Der Provinzialwirteverband „Rheinland" im Deutschen Gastwirtsverband und der Verband Rheinischer Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe haben beschlossen, die 7. Westdeutsche Gastwirts- und Hotelfachmesse in Köln vom 17. bis 25. September 1932 durchzuführen. Sie wird in diesem Jahre die einzige Gastwirtsmesse in Westdeutschland sein.

Handel mit Papiertapeten

Nach Aufhebung der Preisbindungen haben sich im Handel mit Papiertapeten große Mißstände entwickelt. Im wechselseitigen Wettbewerb der Händlerfirmen wurden die Provisionen für Agenten und Makler so gesteigert, daß die mit der Aufhebung der Preisbindungen erhoffte Preissenkung vielfach ins Gegenteil umschlug. Durch eine Verordnung, die im vorliegenden Anzeigenteil veröffentlicht ist, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung nunmehr die Rabatte für Agenten auf 20 v. H. und für Makler auf 10 v. H. herabgesetzt.

Abwartende Haltung der rheinischen Wirte in der Bierstreikfrage

Die Organisationen des Rheinischen Gastwirteverbandes sind sich in einer Besprechung darüber klar geworden, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Reichskommissar und dem Reichskabinett in der Bierpreisfrage durchaus unbefriedigend für das Gewerbe ist. Das rheinische Gastwirtsgewerbe möchte, soweit irgend möglich von einer Streikbewegung absehen und hat sich deshalb entschlossen, vorerst eine weiter abwartende Stellung einzunehmen. Ob es allerdings möglich sein wird, einen Bierstreik endgültig zu verhindern, ist abhängig von der in Aussicht gestellten Ergänzungsverordnung des Preiskommissars, insbesondere aber von der jetzt mehr in den Vordergrund gerückten Einstellung der örtlichen Behörden.

Der Kyffhäuser-Bund zur Reichspräsidentenwahl

Die Vorstände der Kreis-Kriegerverbände des Regierungsbezirksverbandes Düsseldorf nahmen am vergangenen Samstag unter der Führung ihres Vorsitzenden, Sr. Exzellenz General der Infanterie Dieffenbach nach reiflicher Ueberlegung folgende Entschließung an:

„Wir erblicken in dem Erlaß des Bundespräsidenten (der von uns veröffentlicht wurde; d. Red.) den Ausfluß reinen soldatischen und vaterländischen Treuempfindens. Da aber die Frage der Reichspräsidentenwahl leider zu einer parteipolitischen Machtfrage geworden ist, hat dieser Erlaß Unklarheit in den Kameradenkreisen hervorgerufen. Der Regierungsbezirksverband betont, daß der Reichskriegerbund „Kyffhäuser" stets seine parteipolitische Neutralität in den Vordergrund gestellt hat und deshalb er auch in dieser Frage neutral bleiben muß. Die Stellung zur Wahl soll und muß deshalb jedem Kyffhäuser-Kameraden nach bestem Wissen und Gewissen und nach pflichtgemäßer Prüfung überlassen bleiben".

Die Preise im Schneidergewerbe

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat nach Verhandlungen mit dem Reichsverband des deutschen Schneidergewerbes in einem Schreiben folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat bisher davon Abstand genommen, bei Leistungen des Schneiderhandwerks in ähnlicher Weise, wie bei Leistungen des Schuhmacherhandwerks den Aushang von Preisverzeichnissen zu verfügen.

Maßgebend für seine bisherige Haltung war die Ueberzeugung, daß das Schneiderhandwerk eine den tatsächlichen Wettbewerbsverhältnissen angepaßte Kalkulation durchzuführen bestrebt ist".

Das Schneider- und Schneiderinnenhandwerk bemerkt zu diesen Ausführungen, daß die Preise im weitesten Ausmaß gesenkt sind, um der stark gesunkenen Kaufkraft Rechnung zu tragen, wobei selbstverständlich zu berücksichtigen ist, daß die gute Qualitätsarbeit der Maßschneiderei nicht auf eine Stufe zu stellen ist mit der minderwertigen Arbeit.

Weiter wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch die Innungen keinerlei Preisbindungen erfolgen, an welche die Mitglieder gehalten sind. Es besteht hierüber in weitesten Kreisen eine falsche Auffassung.

Um die Kürzung der Wohlfahrtssätze

Der Regierungspräsident erhebt Einspruch

Wie wir vor kurzem berichteten, hatten die rheinischen Gemeinden beschlossen, ab 1. März die Wohlfahrtssätze um 2 Mark zu kürzen; ab 1. April sollte eine weitere Senkung um denselben Betrag erfolgen. Nunmehr wird bekannt, daß der Regierungspräsident, dem vom preußischen Innenministerium die letzte Entscheidung übertragen wurde, gegen diesen Beschluß Einspruch erhoben hat. Demnach ist mit einer Kürzung ab 1. März nicht zu rechnen. Ob für das neue Rechnungsjahr eine Aenderung eintritt, kann zurzeit noch nicht gesagt werden.

Erneute Zunahme

der Wohlfahrtserwerbslosen in den westlichen Landgemeinden

Wie der Preußische Landgemeindetag West mitteilt, ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Januar 1932 erneut ganz erheblich gestiegen, und zwar sind wiederum besonders belastet die westlichen Landgemeinden. Bei einer Erhöhung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in ganz Preußen von 1 112 844 Ende Dezember v. J. auf 1 216 328 Ende Januar d. J., also um 9,3 v. H., haben die kreisfreien Städte eine Erhöhung um nur 7,9 v. H., die Landgemeinden insgesamt dagegen eine Erhöhung um 13,7 v. H., davon die in der Rheinprovinz um 11,0 v. H. (gegen eine Erhöhung um 8,2 v. H. in den kreisfreien Städten) und die in Westfalen sogar eine Erhöhung um 58,6 v. H. (gegen eine Abnahme von 6 v. H. in den kreisfreien Städten) aufzuweisen. Entsprechend war die Steigerung in den einzelnen Regierungsbezirken. Besonders stark ist die Zunahme im Regierungsbezirk Münster mit 137,3 v. H. Es folgen die Regierungsbezirke Minden mit einer Steigerung von 15,1 v. H. (gegen 9,6 v. H. in den kreisfreien Städten), Arnsberg mit 13,1 v. H. (gegen 5,9 v. H.), Aachen mit 12,1 v. H. (gegen 14,1 v. H.), Koblenz mit 11,9 v. H. (gegen 8,5 v. H.), Köln mit 10,8 v. H. (gegen 9,7 v. H.), Düsseldorf mit 10,1 v. H. (gegen 7,8 v. H.) und endlich Trier mit 9,9 v. H. (gegen 2,8 v. H.).

Hieraus ist erneut ersichtlich, daß eine Entlastung der westlichen Landgemeinden auch jetzt wieder nicht eingetreten ist, so daß gerade sie nach wie vor unter der Finanz- und Wirtschaftsnot besonders zu leiden haben. Es wäre darum dringend zu wünschen, daß die Meldungen, die neuerdings von einer fortschreitenden Erkenntnis der zuständigen Stellen von der Notwendigkeit der vom Preußischen Landgemeindetag West schon seit langem geforderten Zusammenfassung der Wohlfahrtserwerbslosen- und Krisenfürsorge in einer Reichsarbeitslosenfürsorge unter Beteiligung von Reich und Ländern an der Kostentragung wissen wollen, Recht behalten und möglichst rasch ihre Verwirklichung finden möchten.

Weiterhin ungünstig

Das Arbeitsamt Opladen berichtet über die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 2. bis 15. Februar:

Allgemeines: Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt 3953 (1991 Alu, 1962 Kru) darunter 649 Weibliche (436 Alu, 213 Kru). Die Zahl der beschäftigten Notstandsarbeiter beträgt 37. Es wurden 578 Zugänge und 574 Abgänge verzeichnet, woraus die lebhafte Bewegung zu erkennen ist. 3176 Wohlfahrtsempfänger sind gezählt. Seit einer Woche brachte der stark einsetzende Frost die Außenarbeiten zum Erliegen. Als erste mußten die Verputzer und Stukateure die Arbeit einstellen, Betonarbeiten konnten nicht fortgeführt werden, schließlich wurden auch die Erdarbeiten eingestellt. Die Notstandsarbeiten an der Autostraße wurden ebenfalls unterbrochen. Das Nachlassen des Frostes wird eine Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen. Aus der Metallindustrie ist wenig erfreuliches zu berichten. Die chemische Industrie bietet keine Einstellungsmöglichkeit. Mit weiteren Betriebseinschränkungen dürfte zu rechnen sein. Die Spinnstoffindustrie weist eine gewisse Besserung auf, doch werden nach wie vor auch noch Entlassungen verzeichnet. Die Lederindustrie ist schwach beschäftigt. Bei der Tabakindustrie ist noch keine Besserung zu erkennen. In der Schuhindustrie wird voll gearbeitet. Die Lage des Baugewerbes ist unverändert ungünstig.

Senkung der Miete für private Telefonanlagen

Wie uns die Solinger Industrie- und Handelskammer mitteilt, ermäßigen sich nach einer Anordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 12. Februar 1932 die Mietsätze für private Telefonanlagen gegenüber dem Stand vom 8. Dezember 1931 mit Wirkung vom 1. Januar 1932 nach folgenden Grundsätzen:

a) Die Mieten werden um die Hälfte des Prozentsatzes gesenkt, um den die Lohntarife in der elektrotechnischen Industrie mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab gegenüber dem Stande vom 8. Dezember 1931 ermäßigt worden sind; maßgebend ist der tarifliche Monteurspitzenlohn. Die Senkung der Mietsätze beträgt mindestens 5 v. H.; sie wird auf $7\frac{1}{2}$ v. H. begrenzt.

b) zu der nach a) vorgeschriebenen Senkung der Mietsätze tritt in jedem Falle eine weitere Ermäßigung um 1 v. H.

Auf die oben vorgeschriebene Senkung der Mietsätze sind die Ermäßigungen anzurechnen, die die Mietsätze seit dem 8. Dezember 1931 bereits erfahren haben.

Ermäßigungen der Mietsätze, die in der Zeit vom 1. Juli bis einschließlich 7. Dezember 1931 erfolgt sind, dürfen auf die oben vorgeschriebene Senkung nur angerechnet werden, wenn sie gewährt worden sind, ohne daß der Mieter ein vertragliches Recht auf die Ermäßigung hatte.

Soweit auf Grund vertraglicher Abmachungen (Lohnklauseln) stärkere Ermäßigungen, als oben vorgeschrieben, einzutreten haben, behält es bei der vertraglichen Regelung sein Bewenden.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat in dieser Anordnung es ferner für angemessen gehalten, daß die Vermieterfirmen in besonderen Fällen ihren Mietern eine Abänderung oder Ausgestaltung der Verträge ermöglichen, durch die unter Anpassung an die Besonderheiten des Einzelfalles den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird; derartige Vereinbarungen würden auf der Grundlage zu erfolgen haben, daß die Gesamtverpflichtung des Mieters unversehrt bleibt.

Weshalb wird die Butter teurer?

In den letzten Tagen haben die Butterpreise erheblich angezogen, worüber in Verbraucherkreisen lebhafter Unwille herrscht. Allerdings verträgt sich diese Erscheinung schlecht mit der Preissenkungsaktion der Regierung; aber weder der Handel noch die Erzeuger sind für diese Preissteigerung verantwortlich zu machen. Vielmehr hat die Regierung selbst den Anlaß zur Verteuerung durch den neuen Butterzoll gegeben. Die Anlieferungen deutscher Butter sind kleiner geworden, so daß mehr auf die ausländischen Lieferungen, die dem erhöhten Zoll unterliegen, zurückgegriffen werden muß. Erst im März, wenn die inländische Milchproduktion wie üblich steigt, ist mit einem Sinken der Butterpreise zu rechnen.

Die Viererstücke sind unterwegs

Die badische Münzstätte in Karlsruhe hat vor kurzem von der Reichsbank den Auftrag zur Herstellung von 6,1 Millionen Mark Fünfmarkstücken erhalten. Ein neuerlicher erster Auftrag zur Prägung von kupfernen Viererstücken ist gleichfalls ergangen, und zwar werden noch im Laufe des Monats Februar etwa 3 Millionen Viererstücke im Gesamtwert von 122 000 Mark hergestellt, pro Tag etwa 100 000 Stück. Die ersten Probeprägungen der neuen Vierer sind dieser Tage erfolgt, und das erste neue Kupfergeld wird schon in wenigen Tagen in Verkehr kommen. Da die Münze in Karlsruhe und übrigens auch die anderen fünf Münzstätten im Reich augenblicklich noch voll mit der Prägung des silbernen Hartgeldes beschäftigt sind, hat die Reichsbank beschlossen, mit der Anfertigung der kupfernen Plättchen für die neuen Vierer ausnahmsweise die Privatindustrie zu betrauen. Die Karlsruher Münze wird nicht nur ganz Baden mit den

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft, Opladen vom 22. Februar 1932

Industrie 3,3—3,4; Feldsalat 21—27; Wirsing gelb 1,8—2,8; Wirsing grün 3,3—5,8; Dauerrotkohl 2,5—4,6; Dauerweißkohl 1,6—2,3; Rosenkohl 7—11; Grünkohl 1,3—2; Rote Möhren 2,4—3,2; Rote Beete 2,8—3,5; Sellerie I 5,2—9,7; Sellerie II 2—5,2; Porree I 2,1—3,2; Porree II 0,5—1,5; Erdkohlrabie 2—2,5; Hühnereier 6,7—8,1; Enteneier 6,9.

Tendenz: Anfuhr gut, Nachfrage gut.

Nächste Versteigerung Donnerstag, den 25. Februar 1932.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Goldene Hochzeit Spitzer

Am Samstag feierte die Bürgerschaft Witzheldens die goldene Hochzeit der Eheleute Richard Spitzer aus Meie im vollbesetzten Saale von Selbmann. Nach Erscheinen des Jubelpaares eröffnete der Oelberger Musikverein, Burscheid, das Programm. Pfarrer Schreiber vollzog die Trauung und übermittelte gleichzeitig die Glückwünsche der evang. Landeskirche und überreichte dem Jubelpaar in Verbindung mit einem entsprechenden Glückwunschschreiben auch die von der ev. Landeskirche zuerkannte Ehejubiläumsmedaille.

Bürgermeister Baupel übermittelte dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche der Staatsregierung, der Kreis- und Gemeindeverwaltung. Mit den besten Wünschen für ein ferneres Wohlergehen und einen langen ungetrübten Lebensabend schloß er seine Ausführungen mit einem Hoch auf das Jubelpaar.

Lehrer Kocks übermittelte Glückwünsche im Auftrage des Festausschusses und auch als Lehrer der Ortsschule. Namens des Oelberger Musikvereins beglückwünschte Willi Hoffmann das Jubelpaar, wobei er den Jubelbräutigam als Musiker feierte. Lehrer Banken feierte den Jubilar noch als Jäger. Deklamationen, Gedichte, Gesang, Musik und Anderes wickelte sich programmäßig ab. Nicht unerwähnt seien die gesanglichen Darbietungen von Frl. Jenni Steinhaus, einer Verwandten des Jubelpaares und ein von dem 82jährigen Tugendhold Pulvermacher vorgetragenes Gedicht, sowie das von Mitgliedern des Theatervereins gebrachte Duett: „Lebensanfang — Lebensende". Das von Schulkindern der Ortsschule aufgeführte Festspiel zur goldenen Hochzeit erntete reichen Beifall. Walter Spitzer, dankte zum Schluß im Auftrage seiner Eltern allen Mitwirkenden.

---

neuen Kupfermünzen versehen, sondern auch die gesamte Rheinpfalz und das Gebiet des Rheinlandes bis hinauf nach Köln. Die Münzen tragen das Prägzeichen „G".

Die Realsteuer-Senkung für 1932

Der Reichsstädtebund hat unter der Voraussetzung, daß Sperre und Senkung der Realsteuern für das Rechsnungsjahr 1932 ebenso aufrecht erhalten bleiben wie für 1931, beim Reichsfinanzminister beantragt, von Reichs wegen zu bestimmen, daß die Länder den Gemeinden den gleichen Betrag für die Senkung der Realsteuern im nächsten Rechnungsjahr zu ersetzen haben, wie im Rechnungsjahr 1931. Weiter hat der Reichsstädtebund gefordert, daß in allen Ländern, in denen für 1931 ein Ausgleichsfonds für die Senkung der Realsteuern aus der Hauszinssteuer gebildet war, dieser auch für 1932 reichsrechtlich mindestens in der gleichen Höhe vorgeschrieben werde und daß die Mittel aus diesem Fonds vorzugsweise solchen Gemeinden zuzuweisen sind, die durch Wohlfahrtslasten bezw. Rückgang des Realsteueraufkommens finanziell besonders eingeengt sind.

Verkehrswerbung in den Schulen und bei den Jugendorganisationen

Reichsverkehrsminister Treviranus, der bereits wiederholt für die Förderung des Fremdenverkehrs eingetreten ist, hat gemeinsam mit den zuständigen preußischen Ministerien beraten, wie seitens der Schulen das Reisen in Deutschland und der Besuch deutscher Städte, deutscher Kur- und Badeorte gefördert werden könnte.

Der preußische Unterrichtsminister hat hierauf in einem an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen gerichteten Erlaß darauf hingewiesen, daß nach den Lehrplänen aller Schularten genügend Möglichkeiten bestehen, auf die Bedeutung des Besuchs der deutschen Heimat bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands einzugehen und durch Hinweis auf die Schönheit Deutschlands mittelbar für diesen Gedanken zu werben. Er hat keine Bedenken dagegen, wenn geeignete Werbemittel der Verkehrsverbände, die den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, im Unterricht verwandt werden. — Der Reichsverkehrsminister hat daraufhin die übrigen deutschen Landesregierungen um ein ähnliches Vorgehen gebeten. Neben den Schulen sollen auch die Jugendorganisationen für die Deutschlandwerbung interessiert werden.

Der morgige 24. Februar

ist der alle vier Jahre wiederkehrende Schalttag. Manche Leute meinen, dem 29. Februar komme dieser Titel zu; doch dies ist falsch.

Im Grunde bleibt es sich wohl ganz gleich, welcher Tag als Schalttag zu bezeichnen ist; die Tatsache steht jedenfalls fest: In diesem Jahre muß für das Monatsgehalt ein Tag länger gearbeitet werden. Die Hausfrau, wenn sie monatlich das Wirtschaftsgeld erhält, muß einen Tag länger damit auskommen. Für alle: Der Winter zieht uns eine lange Nase. Für uns: Wir müssen unseren verehrten Lesern und Leserinnen mit einer Zeitungsnummer mehr aufwarten!

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Vorbereitungen für das Stadtjubiläum

Berg. Neukirchen, 23. Febr. Der Vorstand des Verkehrs- und Verschönerungsvereins befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit dem 75jährigen Stadtjubiläum Bergisch Neukirchen. Bekanntlich verlieh Friedrich Wilhelm IV. am 24. August 1857 Neukirchen (den Namen Bergisch Neukirchen führt die Stadt erst seit 1903) das Städte- und Selbstverwaltungsrecht. — Der Verkehrsverein hat eine Reihe von Verbänden gebeten, ihre Hauptveranstaltungen nach Bergisch Neukirchen zu verlegen, um die Jubiläumsstadt als Tagungsort zu würdigen. Mehrere Zusagen sind auch bereits erfolgt. Außerdem wurden ein Reiterfest während der Blütezeit und ein Heimatabend im Sommer vorgesehen. Dann ist der Verein an den Bergischen Geschichtsverein mit der Anregung herangetreten, aus Anlaß des 55. Todestages von Franz Wilhelm Oligschläger, dem großen rheinischen Botaniker und eifrigen Heimatforscher, am 10. August im Rahmen des Stadtjubiläums am Oligschläger-Gedenkstein in Pattscheid eine Gedenkfeier zu veranstalten.

Ein ausgestopftes Kaninchen brachte sie vor den Kadi

Berg. Neukirchen, 23. Febr. Der Angeklagte A. war eines Tages durch die Wälder der Umgebung spazieren gegangen und hatte unterwegs ein Kaninchen gesehen, welches so zutraulich war, daß es stundenlang auf ein und derselben Stelle sitzen blieb. Da der Angeklagte arbeitslos ist, bekam er den „guten" Gedanken, sich einmal einen Festtagsbraten zu verschaffen. Zu Hause holte er sich einen alten Tesching und geht mit seinem Schwager einige Tage später in den Wald. Wie sie ungefähr an einen in der Nähe befindlichen Bahndamm kommen, steigen sie von den Rädern und sehen schon in einer Vertiefung ruhig ein Kaninchen sitzen. Leise wird nach allen Seiten gesichert, dann den Tesching raus, ein Schuß und .... aus dem Gestrüpp springt der Jagdaufseher mit dem Ruf „Hände hoch". Er hatte nämlich bemerkt, daß in seinem Aufsichtsbezirk gewildert wurde und ein aufgestopftes Kaninchen aufgestellt, auf das der Angeklagte reinfiel. Die beiden hatten sich vor dem Amtsrichter zu verantworten. Eine große Verteidigungsrede hielt Angeklagter Kr., der meinte, daß doch die Kaninchen und Hasen für alle da seien. Der Richter belehrte ihn aber eines anderen. Als Mitläufer wurde er noch einmal freigesprochen. Der Angeklagte A. wurde zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Richter bemerkte, daß dem ganzen Tatbestande nach es sich um Anfänger handele und deshalb das Strafmaß nicht zu hoch bemessen werden dürfe.

Keine Schließung des Reichsbahn-Ausbesserungswerkes

Opladen, 23. Febr. Wie uns mitgeteilt wird, sollen in den letzten Tagen bei der Einwohnerschaft Gerüchte im Umlauf sein, wonach das Opladener Reichsbahn-Ausbesserungswerk geschlossen würde. Wie Bürgermeister Dr. Brühl auf Erkundigungen an maßgebender Stelle dazu erfährt, kann davon keine Rede sein.

Auf der Suche nach den Tätern

Opladen, 23. Febr. Der Raubüberfall auf den Kassensekretär Engstenberg ist trotz eingehenden polizeilichen Ermittlungen noch nicht geklärt. Der Ueberfallene weist den Verdacht, daß er die 2000 Mark unterschlagen und den Ueberfall später fingiert hat, ganz entschieden zurück. Die Suche nach den Tätern muß deshalb fortgesetzt werden.

Von dem Bau der Autostraße

Opladen, 23. Febr. Der Bau der Autostraße geht in unserem Bezirk jetzt schnell voran. Den Abschluß auf Opladener Gebiet bildet eine 75 Meter lange Unterführung an der verlängerten Kuhgasse, unweit des Freibades Waldwinkel, deren Ausführung jetzt nach dem Frost eifrig begonnen wird. Voraussichtlich wird die Unterführung Mitte März fertig gestellt sein. Nach der letzten großen Stillegung begann man mit dem Ausschachten und heute ist man dabei, die Verschalung mit Eisenbeton zu füllen.

Zahlungen eingestellt

Opladen, 23. Febr. Die Chemische Fabrik Opladen sieht sich genötigt, mitzuteilen, daß sie ihre Zahlungen eingestellt hat. Berechtigte Hoffnungen, daß die finanziellen Schwierigkeiten überwunden werden können, bestehen nicht. Der Betrieb wird eingestellt. Ein vereideter Bücherrevisor ist mit der Aufstellung eines genauen Statuts beauftragt. Ende dieser Woche dürfte eine Gläubigerversammlung stattfinden. Wahrscheinlich wird ein Vergleichsvorschlag vorgelegt werden, dahingehend, daß die kleinen Gläubiger bis 100 Mark voll befriedigt werden, während den größeren Gläubigern eine angemessene Quote zuerteilt würde. Das Gesellschaftskapital der chemischen Fabrik befindet sich, wie wir hören, fast ausschließlich in amerikanischen Händen.

Einbruch in den Güterschuppen

Leverkusen, 23. Febr. In der Nacht vom Sonntag zum Montag drangen Einbrecher in den Güterschuppen des Bahnhofes Küppersteg ein. Die Diebe brachen mehrere Kisten auf und nahmen dann eine Reihe von Sachen mit, die der Reichsbahn zur Beförderung übergeben worden waren.

Motorrad mit Beiwagen gestohlen

Leverkusen, 23. Febr. In der Nacht zum Montag wurde in dem Hause Reuterstraße 33 ein Schuppen gewaltsam geöffnet. Gestohlen wurde ein Motorrad mit rotem Beiwagen. Außerdem nahmen die Diebe einen kleinen Schleifstein, acht Reibahlen und einen Kasten mit Gewindebohrern mit.

Dieb macht reiche Beute

Reusrath, 23. Febr. In den Abendstunden schlich sich ein Dieb in ein Haus an der Trompeterstraße ein und entwendete aus einer Waschkommode einen Geldbetrag von 230 Mark sowie eine goldene Damenuhr. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Arbeiterentlassungen

Langenfeld, 23. Febr. Samstag wurde bei der Firma Becker & Bernhard etwa hundert Mädchen gekündigt. Bei der Firma Rud. Müller & Söhne wurden die Arbeiter bis Anfang März beurlaubt. Beide Fälle bedeuten eine wesentliche neue Belastung der gemeindlichen Wohlfahrtseinrichtungen wie auch starke Einnahmeausfälle bei den Gewerbetreibenden.

Ueberfall in Landwehr

Langenfeld, 23. Febr. Auf dem Wege von der Provinzialstraße nach Ossenbruch in Landwehr wurde am Sonnabend, abends zwischen 7 und 8 Uhr, ein Dienstmädchen von zwei Personen angefallen. Sie bemächtigten sich der Handtasche des Mädchens, in der dieses einen Betrag von 50 Mark bei sich führte. Mit dem Gelde verschwanden die Täter unerkannt in dem nahegelegenen Wäldchen.

Gefaßte Hühnerdiebe

Langenfeld, 23. Febr. In einer der letzten Nächte wurde auf einem Gute in Blee eine Anzahl Hühner gestohlen, ohne daß der Besitzer davon etwas bemerkt bzw. den Verlust festgestellt hatte. Lediglich der Umstand, daß die Hühnerdiebe am frühen Morgen in Düsseldorf von der Polizei angehalten und gestellt wurden, brachte Licht in die Angelegenheit. Die Täter haben bereits zugegeben, die bei ihnen vorgefundenen 12 Hühner hier in Blee in derselben Nacht gestohlen zu haben.

Vermißt

Wermelskirchen, 23. Febr. Seit dem 21. Januar ds. Js. wird der Handlungsgehilfe Hugo Schröder aus Hünger vermißt. Es besteht die Möglichkeit, daß er umherirrt. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß er sich aus Ueberdruß über die längere Arbeitslosigkeit ein Leid angetan hat.

Wermelskirchens Finanzen erschüttert?

Wermelskirchen, 23. Febr. Der Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen hat an die Beamten- und Lehrerschaft das nachstehende Schreiben gerichtet: „Die Tatsache, daß Reich und Länder ihre Haushaltspläne ausgleichen, ohne daß den durch die Wirtschaftskrise besonders betroffenen Gemeinden bisher die erforderlichen Mittel zur Deckung ihrer notwendigsten Ausgaben zur Verfügung stehen, wird sich im Rechnungsjahr 1932 besonders bemerkbar machen, in welchem zu der Vermehrung der Wohlfahrtslasten noch ein starkes Senken der Steuerkraft hinzutreten wird. Ob durch eine Aenderung der Gesetzgebung eine Erleichterung für die Gemeinden zu erwarten sein wird, ist noch nicht zu übersehen. Zur Zeit kann aber leider nicht erklärt werden, daß die Gehaltszahlungen für 1932 irgendwie gesichert sind. Ich halte es für richtig, Ihnen hiervon schon jetzt Mitteilung zu machen". Das ist also der Weg, den die städt. Finanzen gehen. Gelinde ausgedrückt, die Zahlungsunfähigkeit ist auf dem Anmarsch, wenn nicht bald ein Weg gefunden wird, der die Finanzen der Stadt entscheidend beeinflußt, oder der Staat mit fühlbaren Zuschüssen, auf die man noch immer wartet, eingreift. Es ist bedauerlich, daß ein früher so gesundes Gemeinwesen wie die Stadt Wermelskirchen, durch die Wirtschaftskrise derart zerrüttet wird.

Aus Westdeutschland

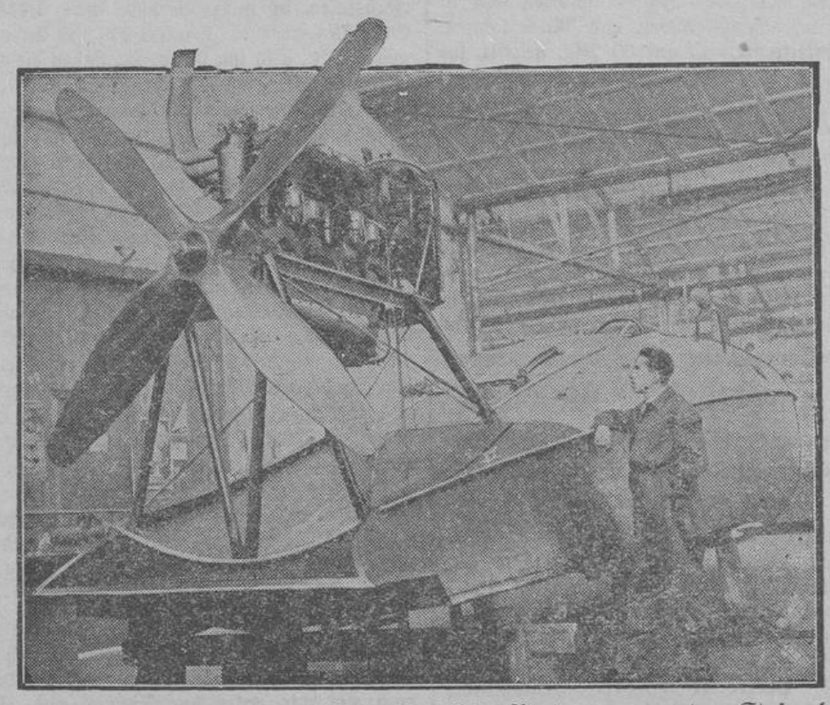
Vergleich oder Konkurs?

Solingen, 23. Febr. Nachdem die Mitgliederversammlung der Solinger Wirte-Innung die Forderung der Aufsichtsbehörde, zur Deckung des Fehlbetrages der Innungskrankenkasse eine Sonderumlage von 75 RM je Mitglied zu beschließen, abgelehnt, hat die Aufsichtsbehörde, wie angedroht, sämtliche Mitglieder der Innung in eine Ordnungsstrafe von 100 RM genommen, die bis zum 5. März an den Liquidator der Krankenkasse gezahlt werden soll. Die Einspruchsfrist ist auf vier Wochen festgesetzt worden. Die Aufsichtsbehörde erklärt nochmals, daß dieser Weg rechtlich gangbar und nicht zu umgehen sei, um die Schulden der Krankenkasse decken zu können. Daß das in der Versammlung in Wald beschlossene Konkursverfahren zur Durchführung kommt, wird aus formellen und rechtlichen Gründen bezweifelt. Es bestehe noch der frühere Beschluß, das Vergleichsverfahren durchzuführen, zu Recht. In den Kreisen des Vorstandes und der Mitglieder scheint man eingesehen zu haben, daß es zweckmäßiger ist, sich mit der Aufsichtsbehörde über die freiwillige Umlage zu verständigen, statt es auf die Einziehung der höheren Strafe ankommen zu lassen.

Schwierige Brandbekämpfung

Solingen-Wald, 23. Febr. In einem Kellerraum der Firma G. in Solingen-Wald brach in der Nacht zum Montag kurz nach 1 Uhr auf bisher nicht aufgeklärte Weise ein Brand aus, der erheblichen Schaden verursachte. Das Feuer fand in den Holzvorräten reiche Nahrung und entwickelte einen ungewöhnlich starken Rauch, so daß es der schnell herbeigerufenen Feuerwehr schwer wurde, an den Brandherd heranzukommen. Bei den Löscharbeiten trugen zwei Wehrleute leichtere Rauchvergiftungen davon, so daß sie in die Städtischen Krankenanstalten eingeliefert werden mußten. Sie befinden sich jedoch bereits wieder auf dem Wege der Besserung. In den späten Vormittagsstunden war das Feuer gelöscht. Allerdings konnten einige Zweigbetriebe der Firma am Montag nicht arbeiten.

Weltreise im „Stufengleiter"



Der Berliner Ingenieur Nikolas Bellin hat dieses Boot — er nennt es Stufengleiter — konstruiert, mit dem er eine Weltreise machen will. Das Schiff soll sich durch besonders sichere Lage im Wasser auszeichnen und 110 Stundenkilometer erreichen

Der Anhänger geriet ins Schleudern

Velbert, 23. Febr. Samstagnachmittag wurde in der Eisenbahnunterführung Hahnenfürth ein 17jähriger Bäckergeselle aus Unterdüssel von einem ins Schleudern geratenen Anhänger eines Lastkraftwagens erfaßt und gegen die Mauer der Unterführung geschleudert. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach seiner Einlieferung starb.

Für etwa 6000 Mark Goldwaren erbeutet

Köln, 23. Febr. In der Nacht zum Samstag wurde in einem Goldwarengeschäft auf dem Marsilstein ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Nach Angabe des Geschäftsinhabers wurden für 5 bis 6000 Mark Gold- und Silberwaren erbeutet.

An die Unrechten gekommen.

Köln, 22. Februar. Nachts passierten vier Schutzpolizeibeamte in Zivilkleidung die Severinstraße, um sich nach Hause zu begeben. Auf diesem Wege wurden sie von zwei jungen Burschen angerempelt. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung erhielt ein Beamter einen Stich in den linken Oberschenkel. Die beiden Täter wurden überwältigt und festgenommen.

Unglaubliche Roheit.

Herzogenrath, 22. Februar. In Merkstein wurde ein 70jähriger Landwirt überfallen und zu Boden geschlagen. Trotz seiner schweren Verletzungen konnte der alte Mann sich noch ein Stück weiterschleppen, wo er von zwei heimkehrenden Bergleuten in seinem Blut gefunden wurde. Ein Raubüberfall scheint nicht vorzuliegen, da keine Wertgegenstände geraubt wurden.

Opfer des Berufs.

Dinslaken, 22. Februar. Als der Anstreichermeister Hans Welk an einem Hause mit Anstreicherarbeiten beschäftigt war, stürzte er plötzlich ab. Er erlitt tödliche Verletzungen.

Das Neueste

Der D-Zug Warschau—Danzig überrannte unweit von Lowicz einen Autobus. Dabei wurden 3 Personen getötet und 10 schwer verletzt.

Die neue französische Regierung wird sich heute Nachmittag dem Senat und der Kammer vorstellen. Heute Morgen fand ein Ministerrat statt, bei dem die letzte Hand an die Regierungserklärung gelegt wurde.

Bei Schluß der Aussprache im Unterhaus gab der englische Außenminister eine längere Erklärung über die Lage in Schanghai ab und betonte, daß sich die englischen Interessen in den beiden Worten „Frieden und Handel" zusammenfassen ließen.

Die Lage im Osten

Das chinesische Hauptquartier gibt am Dienstag-Morgen eine Mitteilung heraus, nach der die inzwischen verstärkten japanischen Truppen auf der ganzen Linie zurückgetrieben wurden. Die Kämpfe haben sich nunmehr in der Hauptsache auf Tschapei konzentriert, während von den anderen Fronten wenig entscheidende Bewegungen und Kampfvorgänge gemeldet werden. Die Japaner haben in langsamem Vorrücken den östlichen Teil des Dorfes Kiangwan wieder besetzt.

Nach einem Bericht des japanischen Admirals Sutsugu hat sich die Lage in China so zugespitzt, daß das japanische Prestige auf dem Spiel stehe. Der Admiral empfiehlt weitere Truppensendungen.

Ein chinesischer Erfolg bei Kiangwan

Es bestätigt sich, daß die Chinesen gegen die nördlich von Kiangwan vorrückenden Japaner einen Sieg erfochten haben. Die Chinesen überschritten in einer flankierenden Bewegung den Wusungbach und eroberten das Dorf Miaohongtschen nordwestlich von Kiangwan zurück. Die Japaner setzen ihre verzweifelten Angriffe auf Kiangwan fort, aber die Chinesen halten das gestern wieder gewonnene Gelände.

Das Wetter von heute und morgen

Im ganzen etwas kälter, zeitweilig aufklarend, besonders nachts. Keine wesentlichen Niederschläge, schwache Winde.

Vor der großen Aussprache

Die Nachfrage nach Eintrittskarten für den Reichstag für die heutige Sitzung, die um 3 Uhr beginnt, war wiederum außerordentlich groß, da die politisch Interessierten einen großen Tag erwarten. Schon seit dem frühen Morgen steht vor dem Portal 5 bei der Kartenausgabe wieder eine Schlange von Besuchern an, die geduldig bis 3 Uhr warten, um dann vielleicht doch keine Einlaßkarte zu bekommen.

Vor dem Portal 2, durch das die Abgeordneten und Regierungsvertreter das hohe Haus betreten, haben sich gleichfalls schon am frühen Vormittag hunderte von Neugierigen angesammelt. Es bleibt jedoch alles ruhig und Polizisten sind weit und breit nicht zu sehen. Die polizeilichen Sicherungsmaßnahmen sind jedoch wie sonst an großen Tagen getroffen, nur werden die Polizeikräfte innerhalb des Hauses gehalten. Photographen und Tonfilmoperateure versuchen, die Abgeordneten für die Bildreportage und die tönende Wochenschau festzuhalten. Die meisten Volksvertreter eilen jedoch rasch an ihnen vorbei.

Die meisten Abgeordneten sind um 11 Uhr bereits eingetroffen. Die Fraktionen halten zum großen Teil schon vormittags Sitzungen ab, um die Reichstagssitzung vorzubereiten. Das Bild in der Wandelhalle wird von den zahlreichen Nationalsozialisten bestimmt, die diesmal zumeist in Zivil erschienen sind und nur ihr kleines Parteiabzeichen tragen. Aber auch wenn einige von ihnen innerhalb des Parlamentsgebäudes die verbotene Uniform anlegen sollten, wird Präsident Löbe aus einer solchen Aeußerlichkeit keine Haupt- und Staatsaktion machen.

Die anderen Abgeordneten befinden sich zumeist in den Fraktionssitzungen. In diesen Sitzungen werden die Anträge festgestellt, deren Behandlung in der großen politischen Debatte die Fraktionen wünschen, auch werden jetzt die Redner bestimmt. Von der größten Fraktion, den Sozialdemokraten, liegt eine Wortmeldung bisher noch nicht vor. Da die Sozialdemokraten nicht die Angreifer sind, so werden sie voraussichtlich der nächstgrößten Fraktion, den Nationalsozialisten, den Vortritt lassen, sodaß Dr. Goebbels als erster Debattenredner zum Wort kommen wird. Der sozialdemokratische Redner wird erst im Laufe des Tages in einer Fraktionsvorstandssitzung nominiert.

Im übrigen hat sich an den Dispositionen bis Mittags nichts geändert. Reichsinnenminister Groener will den Vorschlag der Regierung für den Termin der Präsidentenwahl kurz begründen und Reichskanzler Dr. Brüning hält sich einstweilig nur bereit, um in die Debatte einzugreifen, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt. Minister Groener wird sich in seiner kurzen Erklärung auf die rein technischen Darlegungen zur Präsidentenwahl beschränken, ohne dabei auf politische Fragen einzugehen. Ueber den viel angegriffenen Reichswehrerlaß dürfte eine Erklärung des Ministers Groener als Reichswehrminister im Laufe des heutigen Abends herauskommen. Wenn diese Angelegenheit, was ja selbstverständlich ist, in der Reichstagsdebatte zur Sprache kommt, so wird Reichswehrminister Groener eine formulierte Erklärung auch im Parlament abgegeben. Das geschieht dann aber nicht zu Beginn der Sitzung.

Um 11 Uhr begann auch die Fraktionssitzung der Nationalsozialisten, von der man die Feststellung eines Wahlaufrufes für Adolf Hitler zur Präsidentenwahl und eine Entscheidung darüber erwartet, auf welche Weise der nationalsozialistische Präsidentschaftskandidat das deutsche Staatsbürgerrecht bekommen soll. Der Rede des Abgeordneten Dr. Goebbels sieht man deshalb in parlamentarischen Kreisen mit lebhaftem Interesse entgegen.

Zum Zusammentritt des Reichstages schreibt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz, die Nationalsozialisten würden am Dienstag oder Mittwoch durch Dr. Goebbels als ersten Redner den „Standpunkt des deutschen Volkes" in einer umfassenden Rede begründen. Die Rechtsopposition, insbesondere die NSDAP, werden die Reichstagssitzungen dazu benutzen, um ihre Forderung nach Rücktritt des Kabinetts Brüning zum Ausdruck zu bringen.

Politischer Zusammenstoß.

Duisburg-Hamborn, 22. Februar. Zu einem schweren politischen Zusammenstoß kam es in der Nähe des Emscherkanals im neuen Siedlungsviertel. Ein Trupp von 30 Nationalsozialisten und einige Reichsbannerleute gerieten aneinander. Einige Personen sind durch Schläge verletzt worden. Etwa 20 Personen wurden festgenommen.

Keine Zusammenlegung der Polizeiämter Gladbeck und Bottrop.

Recklinghausen, 23. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Nachricht von einer Zusammenlegung der Polizeiämter Gladbeck und Bottrop nicht den Tatsachen entspricht. Wohl wird zur Zeit, da der Leiter des Polizeiamtes in Gladbeck zum 1. April in den Ruhestand tritt, die Frage erwogen, ob nicht der Polizeiamtsleiter in Bottrop auch gleichzeitig das Polizeiamt Gladbeck verwalten kann.

Todessturz eines Siebenjährigen.

Herten, 22. Februar. Der siebenjährige Schüler Marx rutschte ein Treppengeländer der Friedrich-Wilhelm-Schule herunter und kam dabei so unglücklich zu Fall, daß er einen tödlichen Schädelbruch erlitt.

Fingerhutprozeß und Kruppsche Polizei

Die Verteidiger haben ihr Amt noch nicht wieder übernommen.

Wuppertal, 22. Februar.

Bekanntlich hatte das Amtsgericht Elberfeld auf Grund des ihm vom Staatsanwalt zugeleiteten Materials Haftbefehl gegen den Entlastungszeugen Roland wegen Meineidsverdachts noch am Samstag erlassen. Die Verteidigung hatte sich mit dieser Entscheidung des Amtsgerichts nicht zufrieden gegeben und Beschwerde beim Landgericht eingelegt und zugleich auch gegen das Vorgehen des Staatsanwalts beim Justizministerium protestiert. Die Verteidigung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Verhaftung ungerechtfertigt und geeignet sei, ihre

sämtlichen Zeugen gegen die Krupp'sche Polizei einzuschüchtern.

Die Anwälte wollen die Verteidigung nicht eher wieder aufnehmen, bis die Entscheidung der zuständigen Stellen gefallen ist. Da die Anwälte zu Beginn der Verhandlung nicht erschienen waren, sah sich der Vorsitzende veranlaßt, die Verhandlung zu vertagen, und zwar bis zum Dienstagnachmittag. Von der Bestellung eines Offizialverteidigers wurde Abstand genommen, da angenommen wird, daß die Anwälte bis dahin ihr Mandat wieder aufnehmen werden.

Ueber eine halbe Million Verlust bei der Hagener Straßenbahn AG.

Hagen, 23. Februar. Der Jahresbericht der Hagener Straßenbahn, der soeben herauskommt, weist in der Bilanz zum 31. Juni 1931, die mit 13 486 482,45 Mark abschließt, einen Verlust von 531 028,56 Mark auf, der vorgetragen wird. Der Verlust in dieser Höhe war trotz der Ende 1930 einsetzenden Sparmaßnahmen zu erwarten. Die Neuanschaffung von Betriebsmitteln und Maschinen wurde unterlassen, wie auch die Ausgaben für die Unterhaltung des Wagenparks aus das äußerste beschränkt wurden.

Von Erdmassen verschüttet.

Siegen, 22. Februar. Beim Straßenbau Siegen—Eisern wurde in der Nähe der Grube Ameise ein mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigter Arbeiter aus Eiserfeld von herabstürzenden Erdmassen verschüttet. Man konnte ihn nur als Leiche bergen.

„Davon sollte ich nicht sprechen."

Dritter Verhandlungstag im Prozeß gegen Dr. Müller.

Neuwied, 22. Februar.

In der Fortsetzung der Beweisaufnahme im Prozeß gegen Studienrat Dr. Müller kamen nochmals die Geschäfte mit den Grundstücken der Freiin Amalie von Schütz zur Sprache. Auf die Frage des Vorsitzenden, mit welchem Betrage Dr. Müller diese Grundstücke als Sicherheiten für seine eigenen Kredite belastet habe, erklärte dieser, mit etwa 7000 Mark. Vorsitzender mit erhobener Stimme: „Ich habe hier ein Grundbuchblatt vorliegen, darauf stehen 25 000 Mark Grundschulden, außer den von ihnen genannten Hypotheken." Dr. Müller: „Davon sollte ich nicht sprechen". Vorsitzender: „Dann wird die Freiin von Schütz sprechen müssen, am Mittwoch, wenn das Gericht nach Holzhausen fahren wird, da die Freiin krank ist." Die erwähnten Grundschulden sind inzwischen an den Bonifatiusverein abgetreten worden.

In der Zeugenvernehmung

wurde eine Reihe weiterer krasser Fälle der Pumpwirtschaft Dr. Müllers bekannt. Ein Gastwirt sagte aus, Dr. Müller habe erklärt, er benutze das Geld zur Unterstützung einer im Krankenhaus liegenden Frau mit sechs unmündigen Kindern. Den Angeklagten zu mahnen, haben sich die meisten Zeugen gescheut, da Müller ihnen erklärte,

er habe eine starke Hand an der Schule.

Eine Junglehrerin aus Wiesbaden, die jetzt abgebaut ist, hat ihre gesamten Ersparnisse von 1000 Mark und weitere 1000 Mark, die sie sich selbst lieh, gegeben, ohne etwas zurückzubekommen.

Ein neuer Sieg

Der deutsche Marathonmeister Paul de Bruyn beteiligte sich an einem 15 Meilenlauf in Newyork und ging in 1,25,16 überlegen vor seinen zahlreichen Gegnern durchs Ziel.

DS-Handball

Bergischer Gau

Um die rheinische Handballmeisterschaft

RTV 61 — TV Essen-Stoppenberg 6:2
Goldenberg 1. — Siegburg-Mülldorf 1. 5:6

Weitere Meisterschaftsspiele

Bezirksklasse, Gruppe 1

RTV 61 1b — Hasten 1b 7:5
Jahn 1b — Beyenburg 1. 0:5

A-Klasse

Haddenbach 2. — Beyenburg 2. 11:1

Freundschaftsspiele

Honsberg 1. — Hilgen 1. 5:10 (3:4)

Nachdem die Honsberger bis zur Pause noch erheblichen Widerstand leisteten, fielen sie nach Seitenwechsel mehr und mehr ab und die Gäste, die zu großer Form aufliefen, konnten einen hohen Sieg feieren. Der Schiedsrichter leitete gut.

Haddenbach 1. — BV 10 1. 7:5
Lennep 2. — Volksjugend 2. 6:2
Volksjugend 3. — BV 10 2. 13:2
VfB 06 1a — Turnerbund 1a 6:8

2. Ausscheidungsturnen in Hasten

In der Turnhalle des Hastener Turnvereins fand Sonntag das zweite Ausscheidungsturnen der bergischen Turner für den am 6. März in Solingen stattfindenden Gerätewettkampf statt. Nach kurzer Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden des Hastener Turnvereins und den Gauoberturnwart Benscheid begann dann die Veranstaltung zunächst mit Freiübungen. Kinkel-Hasten erzielte mit seiner vorzüglichen Uebung die höchste Wertung von $27^1/_2$ Punkten. Am ersten Gerät, Barren, waren es Nigge und Herberg von Hasten, die mit $29^1/_2$ bezw. 28 Punkten an der Spitze lagen. Nach diesem Gerät gedachte Gauoberturnwart Benscheid in kurzen ernsten Worten der Gefallenen. Feierlich klang das Lied vom guten Kameraden durch den Raum, und stehend gedachten die Anwesenden derer, die für das Vaterland starben. Hastener Turnerinnen zeigten als Sondervorführung exakte Stabübungen und fanden reichen Beifall. Dann wurde der Kampf mit den Uebungen am Pferd fortgeführt. Hier gab es recht böse Versager. Hardt war wie immer recht beständig an diesem Gerät und brachte es mit der Note $27^1/_2$ zu der größten Punktziffer. Am Reck konnten die zahlreichen Zuschauer dann wieder erstaunliche Uebungen bewundern. Nigge schnitt hier am besten ab und konnte auch in der Gesamtwertung mit $78^1/_2$ Punkten den ersten Platz belegen. Die endgültige Mannschaftsaufstellung wird in den nächsten Tagen nunmehr erfolgen und wird alsdann bekanntgegeben.

Aus den Parteien

Die Deutsche Volkspartei Düsseldorf-Ost zur Hindenburgwahl

Es wird uns geschrieben:

Eine von den Vertretern aller Ortsgruppen stark besuchte Tagung des Hauptvorstandes der Deutschen Volkspartei im Wahlkreise 22 Düsseldorf-Ost nahm in Düsseldorf nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Staatssekretär Schmid und Ausführungen des Landtagsabgeordneten Medizinalrat Dr. Boehm, sowie des Reichstagsabgeordneten Dr. Könge ter in völliger Uebereinstimmung zu den augenblicklichen außen- und innenpolitischen Problemen Stellung.

Zur Reichspräsidentenwahl wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt: „Die Deutsche Volkspartei im Wahlkreise Düsseldorf-Ost steht in unbeirrbarer Treue zum Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall von Hindenburg und dankt dem Parteiführer Dingeldey dafür, daß er als erster die DVP bedingungslos für die Wiederwahl des Reichspräsidenten eingesetzt hat. Ist Treue „das Mark der Ehre", so kann sie nicht von parteitaktischen Erwägungen in ihr Gegenteil verkehrt werden. An unserer Treue zu Hindenburg kann auch nichts dadurch geändert werden, daß die DVP in schärfster Opposition zur Regierung Brüning steht. Wir fordern unsere Parteifreunde auf, mit aller Kraft für Hindenburgs Wiederwahl zu kämpfen, und wenden uns an alle vaterländischen Kreise mit der Bitte, Dankbarkeit und Ehrfurcht gegenüber dem Generalfeldmarschall höher zu stellen als alle parteipolitischen Erwägungen und Bindungen".

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Börsen Märkte Handel

Vom Lebensmittelmarkt

Essen, 22. Februar.

In Auswirkung des Frostes konnte sich eine leichte Preisbefestigung auf dem Kartoffelmarkt durchsetzen, die außerdem durch eine Belebung der Nachfrage von der Konsumseite her unterstützt wurde. Mit dem Nachlassen der kalten Witterung flaute jedoch diese Anregung wieder ab und gleichzeitig wurden die Zufuhren, namentlich vom rheinischen Oberland, wieder etwas größer. Die Preisentwicklung, die auch für die kommende Zeit mehr denn je vom Wetter abhängt, zeigte daher zuletzt wieder eine leicht rückgängige Tendenz. Die Kartoffelpreise schwankten für Industrie fr. Ruhrst. von Hannover-Altmark zwischen 3,10 bis 3,30 Reichsmark, von Thüringen-Magdeburg zwischen 2,90 bis 3 Reichsmark und vom rheinischen Oberland zwischen 3,20 bis 3,30 Reichsmark. Das Exportgeschäft ruhte vollkommen. Bei Saatkartoffeln interessierte man sich wegen der zu hohen Preise des Ostens mehr für nord- und mitteldeutsche Ware. Weiße Feldkartoffeln waren bei sehr knappem Angebot außerordentlich gut gefragt.

Mit dem Nachlassen des kalten Wetters erfolgte

für die meisten Gemüsearten

eine Abschwächung, die besonders für diejenigen Erzeugnisse sich ungünstig auswirkte, die seinerzeit sehr angezogen hatten, also namentlich Feldsalat, Rosenkohl, Grünkohl und Spinat. Da Rosenkohl infolge des Frostes außerordentlich gelitten hat, kann bald mit einer merkbaren Verminderung der Zufuhren gerechnet werden. Grünkohl war teilweise unverkäuflich. Weiß- und Wirsingkohl konnten sich bei kleinem Angebot und guter Nachfrage behaupten, während Rotkohl für die minderen Qualitäten etwas nachgeben mußte. Kopfsalat und Endiviensalat waren wegen der Frostschäden sehr knapp angeboten und konnten daher etwas anziehen. Wurzelgemüse und Zwiebeln lagen etwas schwächer.

Im Obstgeschäft

waren infolge des milderen Wetters Aepfel etwas besser gefragt. Die Preise zeigten für mittlere Qualitäten und namentlich Wirtschaftsware vorübergehend leicht rückgängige Tendenz. Der Absatz der wieder stärker zugeführten amerikanischen Aepfel war gleichfalls ein wenig besser. Birnen hatten dagegen nach wie vor ein schleppendes Geschäft. Die Apfelsinenmärkte waren trotz etwas besserer Nachfrage infolge der stärkeren Zufuhren schwächer gestimmt.

Der Reichsbank-Rediskontkredit.

Berlin, 23. Februar. Die Meldung, daß bereits Vereinbarungen getroffen seien, damit für den Fall, daß die Bank von Frankreich die Verlängerung ihres Anteiles an dem 100-Millionen-Dollarkredit für die Reichsbank verweigern sollte, die notwendigen 25 Millionen Dollar von anderer Seite bereitgestellt würden, wird von gut unterrichteter Seite als nicht richtig bezeichnet. Naturgemäß sind die Bemühungen für diese Prolongation des Kredites über den 4. März hinaus bereits seit einiger Zeit im Gange. In Bankkreisen glaubt man jedoch nicht, daß es notwendig sein wird, andere Zentralbanken in Anspruch zu nehmen, zumal der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bereits ein Plan vorliegt, der die Abtragung des Kredites in Ratenform vorsieht.

Amtliche Devisen.
vom 22. Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
London	14,51	14,55	Italien	21,88	21,92
Newyork	4,205	4,217	Kopenh.	79,87	80,03
Rio de Jan.	0,250	0,252	Oslo	78,82	78,98
Amsterdam	170,33	170,67	Paris	16,59	16,63
Brüssel	58,68	58,80	Prag	12,465	12,485
Bukarest	2,522	2,528	Schweiz	82,12	82,28
Budapest	56,94	57,06	Spanien	32,77	32,83
Danzig	82,02	82,18	Wien	49,95	50,05

Die Verluste der Essener Genossenschaftsbanken.

Essen, 22. Februar. In einer Pressebesprechung wurden die Gründe der Schwierigkeiten bei der Essener Bank e. G. m. b. H. und der Altendorfer Kreditbank e. G. m. b. H., die umfangreiche Sanierungsmaßnahmen notwendig machen, eingehend dargelegt. Die erheblichen Verluste bei beiden Instituten sind teils auf die Wirtschaftskrise, teils aber auch auf verkehrte Geschäftsführung zurückzuführen. Effektenspekulationen haben zu dem Verlust erheblich beigetragen. Im Falle der Altendorfer Kreditanstalt sind durch Termingeschäfte Verluste größeren Ausmaßes entstanden.

Kursabschwächung im Berliner Freiverkehr.

Berlin, 22. Februar.

Der Telephonfreiverkehr bewegte sich auf Grund des verstimmenden schwächeren Verlaufes der Newyorker Börse und der Ungewißheit der politischen Entwicklung der nächsten Tage in wesentlich schwächerer Haltung. Das Kursniveau gab durchweg um 1 bis 1½ Prozent nach. Im einzelnen waren J. G. Farben etwa 1½ Prozent, ebenso Reichsbankanteile 1½ Prozent schwächer. Siemens und AEG. folgten der Abschwächung und gaben 1 bis 2 Prozent nach. Auch Montanwerte waren angeboten. Gelsenkirchen lagen 1 Prozent niedriger. An den übrigen Märkten herrschte ziemliche Geschäftslosigkeit. Der Geldmarkt wies eine Abschwächung des Satzes für Tagesgeld auf 7 Prozent auf

Karussell um Gisela

Roman von Bodo M. Vogel — **Copyright by M. Feuchtwanger, Halle (Saale)**

8

13. Kapitel.
Heimkehr.

Die modernsten Ozeandampfer sind heute mit einer Flugzeug-Startanlage versehen. Einen Tag vor der Ankunft im Hafen verläßt ein Postflugzeug das Schiff und bringt auf diese Weise Zeitungspakete und Eilbriefe vierundzwanzig Stunden früher an ihren Bestimmungsort. Die „Tritonia" war auch in dieser Weise ausgerüstet.

Die Scheinwerfer spielten. Graf Pleschen stand neben seinem Apparat, der von Matrosen auf die Plattform gebracht worden war. Lambert reichte Gisela die Lederjacke und den Sturzhelm. Sie sah entzückend darin aus. Ein kurzer Abschied: der Pariser Polizeiinspektor blieb mit den beiden Verhafteten zurück. Sie wurden in Dakar, dem nächsten Hafen an der westafrikanischen Küste, an Land gebracht und später nach Europa zurücktransportiert.

„Fertig!" rief Lambert und half dem Mädchen beim Einsteigen.

Der Kapitän trat heran.

„Sie hätten besser bis morgen früh warten sollen, meine Herren. Der Wetterbericht meldet nichts Gutes ..."

„Man erwartet uns Donnerstag früh in Berlin", erwiderte Lambert. „Pflicht ist Pflicht!"

„Wie Sie wollen — aber ich habe Sie gewarnt."

Pleschen, der Pilot, machte ein bedenkliches Gesicht.

„Auf deine Verantwortung, Will", sagte er, ohne daß Gisela es hören konnte.

Der Reporter hatte schon Platz genommen. „Ich pflege meine Versprechungen zu halten."

Es war alles bereit zum Start. Die Passagiere, in Pyjamas und Morgenröcken, umdrängten das Flugzeug. Eine Amerikanerin stürzte heran. „Hier, mein Kind!" rief sie und warf Gisela eine riesige Schachtel Pralinen in den Schoß. „Für unterwegs ..." Ein dicker Brasilianer wollte sich nicht lumpen lassen. Er nahm eine Kette aus seiner Brieftasche. „Ein Amulett, Senorita!" Mehrere alte Damen schleppten Kissen und Thermosflaschen herbei.

Pleschen lehnte dankend ab und gab das Zeichen zum Start. Die Passagiere wurden zurückgedrängt. Man sah sie nicht mehr, man hörte nur ihre Rufe: „Glückliche Reise! Auf Wiedersehen! Grüßen Sie Berlin — Paris!"

Ein donnerartiger Schlag unterbrach das Durcheinander: das Katapult war in Tätigkeit getreten. Ein Stoß nach vorwärts ... Gisela wurde es einen Augenblick lang schwindlig. Ein rollendes Geräusch, als ob ein Zug über eine Eisenbahnbrücke sauste!

Gisela begriff erst, was vorging, als das Flugzeug schon über dem Wasser schwebte.

Die Motoren lärmten. Benzingeruch lag in der Luft, fraß sich in die Kleider. Dunkel nach allen Seiten. Nur von rückwärts leuchteten die Scheinwerfer durch die Nacht, wiesen einige Minuten lang den Weg, erloschen dann aber bald.

Ein Gefühl von halb Furcht, halb einschläfernde Eintönigkeit befiel das junge Mädchen. Am beklemmendsten war die völlige Dunkelheit. Pleschen saß vorn am Steuer, Lambert neben Gisela. Sie sah ihn nicht, aber fühlte seine Lederkleidung.

Niemand sprach, man hätte sich auch überhaupt nicht verständigen können. Gisela kauerte sich in ihre Ecke. Die Motoren sangen ihr monotones Lied. Gisela schloß halb die Augen. Wohin ging der Weg? Bisweilen machte der Apparat einen Satz, bäumte sich, schoß wieder vorwärts. Jedesmal schlug dann peitschender Regen in Giselas Gesicht. Lambert hob den Arm, zog das Mädchen an sich, bedeckte sein Gesicht mit einem Schal. Gisela wehrte sich nicht. Sie lag an der Brust des Mannes, der sie gerettet hatte, dem sie vertraute ...

Sie sah nicht sein Gesicht, aber sie spürte das Schlagen seines Herzens. Mit dem Stampfen der Motoren vermischte es sich zu einer betäubenden, einschläfernden, bezaubernd süßen Melodie ...

Wieviel Zeit war vergangen? Lambert wußte es selber nicht. Auf einmal wandte sich Pleschen um und machte verzweifelte Zeichen.

„Was ist?"

Ein Krachen in den Verspannungen der Maschine antwortete. Der Sturm wuchs zur Stärke des heulenden Orkans an. Man hörte kaum mehr die Motoren. Das Flugzeug fiel und stieg durch Windlöcher von über hundert Meter Durchmesser.

Pleschen schob die Sturzkappe, die ihm in der Aufregung verrutscht war, zurecht, wandte sich wieder eine Sekunde lang um und deutete auf einen Gegenstand.

Dieser Gegenstand war der Fallschirm. Lambert erstarrte das Blut in den Adern. War es schon so schlimm? Absturzgefahr? Man hätte doch dem Kapitän folgen sollen. Lambert horchte verzweifelt. Was war das? Pleschen wies nach links seitlich. Man hörte den einen Motor nicht mehr! Havarie? Der Propeller kreiste noch, aber mit verminderter Tourenzahl. Das Flugzeug neigte sich gefährlich zur Seite.

Ein drittes Mal wandte der Pilot den Kopf. Jetzt ohne jede Geste. Lambert verstand. Setzte der Motor ganz aus, bedeutete das den Tod — den Tod in den Wellen oder auf irgendeinem Felsgrat der portugiesischen oder spanischen Küste.

„Wieviel Minuten noch?" schoß es dem Reporter durch den Kopf. „Oder nur Sekunden? Fallschirm her ..."

Lambert wollte aufstehen und zugreifen, da fühlte er wieder den Mädchenkörper an seiner Seite. Will Lambert neigte sich vor, nahm vorsichtig den Schal vom Gesicht.

Gisela schlief ... Schlief, während der Tod als Passagier im Flugzeug saß.

„Nein, ich wecke sie nicht! Mag das Schicksal entscheiden. So oder so!"

Es ist eine bekannte Erscheinung, die man jedesmal bei schweren Eisenbahnunglücken beobachtet hat: Opfer, die sich überhaupt nicht kannten, die der Zufall in ein Abteil geführt hatte, um gemeinsam zu sterben, liegen sich in den Armen. Die Stunde der Gefahr gleicht alle Unterschiede aus, hebt alle bürgerlichen Begriffe auf. Mensch ist nur Mensch und sucht Schutz bei seinesgleichen.

Will Lambert zog Gisela an sich, schloß sie fest in seine Arme. Sie schmiegte sich an ihn — möchte der Tod nun kommen ...

Der Reporter gestand sich später, daß dies der erste Augenblick in seinem Leben war, in dem er die Geistesgegenwart verlor. Wie durch einen Schleier sah er den Piloten sich erheben. Das Flugzeug schlingerte. Pleschen hantierte nervös an der Oelregulierung des defekten Motors. — Das Unglaubliche geschah: Nach und nach klang das surrende Lied der Maschine wieder regelmäßiger. Das Flugzeug lag wieder im Gleichgewicht. Der Mangel an Oel hatte die Havarie hervorgerufen.

Hinter den Bergen der Pyrenäen kroch bald die Sonne hervor. Unten lag die französische Küste. Wie ein graubraunes Meer dehnte sich die Heidefläche des Landes, jener geheimnisvollen, eintönigen Landschaft.

Es war kurz nach sieben Uhr morgens, als sich der große Vogel mit von Wind und Sonne getrockneten Flügeln auf dem Flugplatz von Toulouse niederließ.

Gisela schlief noch immer. Ihr Gesicht war bleich, ihre Lippen fest geschlossen.

„Nun weck nur dein Dornröschen!" sagte heiter Graf Pleschen, der schon alle Gefahr der sturmvollen Nacht vergessen zu haben schien. „Nein", fuhr er fort, als der Reporter Gisela leicht an der Schulter schütteln wollte. „Nicht so — 'nen Kuß!"

Zuerst war Lambert über diese Zumutung fast beleidigt. Dann aber, als das Mädchen sich wieder an ihn schmiegte, tat er es doch.

Wie ein Vater küßte er Gisela auf die Stirn. Sie schlug die Augen auf und lächelte.

14. Kapitel.
Heldin auf einen Tag.

Paradoxie der Gegenwart: unser Zeitalter der Mechanisierung, der vollendeten Technik, des Rundfunks und der Röntgenstrahlen liebt doch immer noch die romantischen Abenteuer. Die Aktion der „Telegramm-Zeitung" rief gerade darum besondere Teilnahme unter den Berlinern hervor. Und dann die Hauptsache: ein schönes Mädchen war im Spiel!

Trotzdem das Pariser Nachtflugzeug frühmorgens kurz nach sechs Uhr in Tempelhof ankam, warteten schon mehrere hundert Neugierige.

Doktor Rahnow begrüßte persönlich die Ankommende und überreichte Gisela einen herrlichen Blumenstrauß. Sie dankte lächelnd. Die Menge durchbrach die Absperrung, man hörte Hochrufe, besonders als Will Lambert ausstieg. Ein Filmoperateur drehte die Szene.

„Lambert — Lambert — hier, bitte!" Man zog den Journalisten vor das Mikrophon der Tonfilmwochenschau. „Sagen Sie ein paar Worte — irgend etwas!"

Will Lambert, noch atemlos von dem Gedränge, rief: „Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung und die Anteilnahme, die Sie uns entgegenbringen. Ein Verbrechen ist verhindert worden, ein junges Leben gerettet. Die Presse hat ihre Schuldigkeit getan. Ich nehme Ihr Interesse als einen Beweis dafür, daß Sie unsere Aktion billigen. Es lebe unsere kleine Heldin! Hoch Gisela Norden!"

„Hoch Gisela Norden! Bravo! Bravo! Hoch Lambert!"

Man umdrängte das junge Mädchen, drückte ihr die Hand, verlangte Autogramme. Doktor Rahnow wehrte ab, erledigte die Paß- und Zollkontrolle und nötigte zum Einsteigen in seinen Wagen.

Gerade als Gisela, hochrot vor freudiger Erregung, Platz nehmen wollte, stürzte ein Telegrammbote heran und überreichte ihr einen Rohrpostbrief. „Fräulein Gisela Norden, Flugplatz Tempelhof", stand darauf. Der Umschlag trug den Absender: „Alhambra-Palast, Direktion Benno und Gruenheim, Berlin."

Gisela riß mit fiebernder Hand den Brief auf und las:

„Sehr geehrtes gnädiges Fräulein! Gestatten Sie, daß wir Sie zu Ihrer glücklichen Heimkehr herzlichst begrüßen. Es würde uns freuen, wenn Sie uns erlaubten, uns dem guten Werk der ‚Telegramm-Zeitung' anzuschließen. Wir wissen, daß Sie Vollwaise sind und daß Sie augenblicklich wohl ohne Mittel dastehen. Wären Sie geneigt, in unserer nächsten Revue aufzutreten?

Zur Entgegennahme Ihrer Einwilligung, die wir als bestimmt voraussetzen, erwarten wir Sie morgen vormittag in unserem Büro.

Mit vollkommener Hochachtung Ihr ergebener
Oscar Gruenheim."

Gisela reichte Lambert mit strahlender Miene den Brief. Er überflog die Zeilen und gab ihr das Schreiben, ohne ein Wort zu sagen, zurück.

„Nun?" fragte Gisela schmollend. „Was machen Sie für ein böses Gesicht! Freuen Sie sich denn nicht, Herr Lambert? Herrlich, nicht wahr? Ich engagiere Sie auf der Stelle als meinen Manager."

Lambert schwieg noch immer.

„Wir werden später darüber sprechen", meinte er endlich ausweichend, und man merkte es ihm an, wie unwillkommen ihm dieser plötzliche Vorschlag der Varietédirektion war. Glücklicherweise mischte sich jetzt Doktor Rahnow in das Gespräch. Das kleine Mißverständnis war bald vergessen.

„„Hoch! Hoch!" riefen noch ein paar enthusiastische Jünglinge, als das Auto sich einen Weg durch die Menge bahnte.

Wäre Gisela Norden nicht zu sehr mit sich selbst beschäftigt gewesen, hätte sie einen genaueren Blick unter die Zuschauer geworfen, so wäre sie bestürzt zurückgeprallt.

Unter den Neugierigen stand ein Mann, den Hut tief in das Gesicht gezogen. Und dieser Mann sah Giselas Stiefvater Bialowitz auf ein Haar ähnlich. War er es? Was hatte er hier zu suchen? War er es nicht?

Gisela sah an ihm vorüber, bemerkte nicht, wie seine Augen auf ihr ruhten.

Gisela Norden war eine Berühmtheit geworden, wenn auch nur eine kleine. Winkten ihr nicht die Leute zu? Rissen sich nicht die Varieté-Direktoren um sie?

Gisela Norden hatte andere Sorgen ...

15. Kapitel.
Schritt in das Leben.

Gisela Norden ging an diesem Abend früh zu Bett. Die „Telegramm-Zeitung" hatte ihr ein Zimmer in einem großen Hotel in der Nähe des Zoo reserviert.

Sie verbrachte eine schlaflose Nacht, trotz des Komforts und der Eleganz, die hier herrschten. Gewiß, Gisela war sehr ermüdet, von der Reise, den Begrüßungen; aber ihre Nerven, ihre Phantasie, die nur von einer glänzenden Zukunft als berühmter Varieté-Star träumte, ließen sie nicht zur Ruhe kommen.

Als Will Lambert am nächsten Morgen in sein Büro ging, mußte er an das Mädchen denken. Er hatte sich mit Gisela zum Mittagessen verabredet, um dabei über die Zukunft zu sprechen. Lambert hatte die Absicht, Gisela einer befreundeten alten Dame anzuvertrauen. Gisela war noch jung, noch unerfahren. Sie hatte keinen Beruf, sie mußte irgend etwas lernen, um selbständig den Kampf um das Dasein aufzunehmen.